

vorwärts

die sozialistische wochenzeitung.

Retouren:
Vorwärts
Postfach 2469
8026 Zürich

AZA 8026 Zürich



Jetzt wird auch bei den Banken mit dem eisernen Besen gekehrt.
Bild: Interfoto

PdA-Positionen

Wir wollen das Feuer am See gegen die G8 entfachen. Die G8, Russland inklusive, werden ihr Treffen vom 31. Mai 2003 an in Evian abhalten. Unzählige Initiativen und Projekte sind schon in Vorbereitung. Wir möchten euch eine Idee unterbreiten, die populär werden und unsere Kräfte vereinen kann, und die einen grossen symbolischen Wert entfalten könnte. Am Abend vor Beginn des Gipfels oder am ersten Abend des Gipfeltreffens wollen wir an so vielen Orten wie möglich gleichzeitig Feuer des Widerstandes entfachen, Feuer der Hoffnung gegen die Ordnung der Welt, wie sie die G8 repräsentieren. Rund um den Genfersee herum, in der Schweiz und in Frankreich, möchten wir in den Quartieren, Dörfern und Städten Feuer legen. Wir wollen Evian und die G8 mit dieser Demonstration einkreisen. Die Feuer sollen von dezentralen Picknicks begleitet sein, und von Festivals der lokalen Träume. Die Feuer sollen die Menschen vereinen, die sich gegen die unmenschliche Globalisierung wehren. Nehmt Kontakt mit uns auf, wenn ihr Interesse an dieser Aktion habt. Wir werden ein erstes Treffen zur Vorbereitung der Aktion organisieren. Um die Informationen fliessen zu lassen haben wir eine Web-Site eingerichtet, auf der Platz ist für alle Informationen zum Widerstand gegen die G8. Schaut nach unter www.evian-g8.org.

JOSEF ZISYADIS,
PDA-NATIONALRAT UND
ARISTIDES PEDRAZA,
GEWERKSCHAFTER SUD

Blaue Briefe für weisse Kragen

ike. Unter den aktuell 101 889 Arbeitslosen in der Schweiz sind verhältnismässig viele Fachkräfte und Kaderleute, vorab in der Banken- und Versicherungsbranche. Sie wären bei einer Annahme der Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) besonders betroffen.

Die Arbeitslosenrate in der Schweiz hat Ende September die 100 000er-Marke erreicht. Überdurchschnittlich betroffen vom Anstieg um 5,7 Prozent sind die Branchen Gastgewerbe, Banken, Dienstleistungen, Gesundheitswesen und Baugewerbe (in absteigender Folge). Bemerkenswert ist der starke Anstieg der Erwerbslosigkeit bei Fachkräften und Kaderleuten, insbesondere im Banken- und Versicherungssektor, und in anderen Dienstleistungsbranchen wie im Bereich Beratung, Planung, Informatik. In diesem Wirtschaftszweig hat die Zahl der Arbeitslosen um 4,3 Prozent zugenommen: Über 12 000 sind arbeitslos.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit in der IT-Branche hängt allerdings mit der Krise der Finanzbranche zusammen. Vor allem die Redimensionierungen bei den Banken, die mit IT-Projekten überzogene Erwartungen auf schnelle Gewinne verbunden haben, spielen eine Rolle. Nach Ansicht von Burkhard Frey, Präsident der Online-Gewerkschaft //syndikat handelt es sich um eine konjunkturelle Krise, die vorbeiziehe. «In zwei bis fünf Jahren ist die IT-Branche wieder eine Boombranche», ist er überzeugt.

Weniger rosig sieht es bei den Versicherungen und den Banken aus. «Beide Branchen sind einem strukturellen Wandel unterworfen», sagt Susanne Erdös-Schärer, Zentralsekretärin des Kaufmännischen Verbandes Schweiz (KV). «Man besinnt sich wieder aufs Kerngeschäft, nachdem man sich verspekuliert hat.» Falsche Anlagestrategien, unzureichend diversifizierte Investitionen, zu wenig Investitionen in Immobilien, eine eigentliche Börsengläubigkeit – das seien die Hauptgründe für den massiven Stellenabbau im Banken- und Versicherungssektor. So streicht die Crédit Suisse Group 1200 bis 1300 Stellen, die Zurich Financial Servi-

ces (Zürich Versicherung) 500 – davon ein Drittel des obersten Kaders –, bei der Rentenanstalt sind die abzubauenen Stellen nach der «Korrektur» der Bilanz vom Juli auf 1200 gestiegen und die Lombard Odier Darier Hentsch will nach der Fusion 240 Arbeitsplätze wegradieren. Dazu kommt der «leise Stellenabbau»: Die Bank Julius Bär soll monatlich rund ein Dutzend Leute freistellen, auch von «tröpfchenweisen» Entlassungen von UBS-Angestellten ist zu hören, und bei der Winterthur Versicherung ist der KV Anfang Oktober einer Massenentlassung von achtzig Leuten auf die Spur gekommen, die nicht deklariert wurde. Über den Abbau bei anderen kleinen Banken muss spekuliert werden. Marie-France Goy, Zentralsekretärin des Schweizerischen Bankpersonalverbandes (SBPV) ist jedenfalls davon überzeugt, dass auch dort Stellen abgebaut werden, weil Umstrukturierungen vor allem auch aufgrund der rasanten technologischen Entwicklung notwendig seien: Die teure und rasch wechselnde Technologie könnten sich kleine sonst gar nicht mehr leisten.

Während beispielsweise Rolf Hüppi und Lukas Mühlemann – den Managern, deren Expansionspläne gescheitert sind – der Abgang vergoldet wurde, haben entlassene Bank- und Versicherungsangestellte das Nachsehen. In beiden Branchen sind die Angestellten in einem hohen Masse spezialisiert. Da es sich wohl um eine langfristige Reduktion von Arbeitsplätzen handelt, rechnet Marie-France Goy mit einer gewissen Anzahl Langzeitarbeitsloser. «Früher sind viele Bankangestellte in die Versicherungen ausgewichen. Da diese Branche nun auch von Entlassungen betroffen ist, ist dies nicht mehr möglich.» Die grosse Zahl von Arbeitslosen komme noch, prognostiziert Goy. Die blauen Briefe seien gegenwärtig unterwegs. «Ich gehe von ei-

nem Stellenabbau von ein paar Tausend bis im Frühling nächsten Jahres aus.»

Während sich IT-Angestellte weitgehend flexibel zeigen, auf ihren alten Beruf zurückgreifen oder in andere Branchen wechseln (wie zum Beispiel ehemalige Swissair-Angestellte), schlägt sich bei einem Bankangestellten eine Entlassung manchmal in einer persönlichen Krise nieder. «Bis zur Entlassung spielen sich teilweise regelrechte Dramen ab», so die SBPV-Zentralsekretärin. Zwar sei seit der Fusion der UBS mit dem Bankverein auch Bankangestellten klar, dass ihre Arbeitsplätze nicht sicher sind. «Aber viele haben nach dem Superjahr 2000 geglaubt, dass es nun vorbei ist.» Die Betroffenen glaubten nicht mehr, dass sie selbstverschuldet auf der Strasse stünden, aber sie suchten trotzdem wieder einen Job bei der Bank, möglichst im selben Tätigkeitsfeld.

Ähnlich stark ist die «Corporate Identity» bei den Versicherungsangestellten; auch sie ist – unter anderem – auf den hohen Spezialisierungsgrad zurückzuführen. Wie der SBPV setzt deshalb auch der KV vor allem auf einen guten Sozialplan und das «Outplacement»: Die Firma soll Ressourcen zur Verfügung stellen, um ehemaligen Angestellten bei einer Umorientierung zu helfen. Etwas anderes, als die Entlassenen so gut als möglich «aufzufangen» bleibt den Verbänden oft auch gar nicht übrig. Die Identifizierung der Lohnabhängigen mit den Unternehmen ist in diesen Branchen sehr hoch. Trotz der hohen Mitgliederzahl des KV von um die 60 000 ist die Basis kaum mobilisierungsfähig. «Ich frage mich manchmal auch, warum es hier keinen grösseren Aufstand gibt», sagt Susanne Erdös.

Mit dem Swissair-Debakel habe es aber eine Zäsur gegeben, und die Gewerkschaften seien zusammengerückt. «Viele, die nichts zu tun haben wollten mit Gewerkschaften, haben plötzlich gemerkt, dass es auch sie treffen kann, nicht nur die ‚Büezer‘», hat auch Pietro Cavadini vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) festgestellt. Bis sich dies aber in stärkerem Engagement, in gewerkschaftlicher Arbeit niederschlägt, brauche es seine Zeit. Der SBPV beispielsweise ist erst seit einem Jahr assoziiertes Mitglied des SGB. Trotzdem darf man hoffen, dass das Gewicht der Gewerkschaften dadurch zunehmen wird. Ein Anzeichen dafür ist die engere Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Personalverbänden, die sich aktuell in der geschlossenen Ablehnung der AVIG-Revision zeigt. «Vor ein paar Jahren wäre so etwas nicht denkbar gewesen», so Cavadini. Gerade die Bank- und die Versicherungsangestellten wären von der AVIG-Revision speziell betroffen: Angesichts des massiven Abbaus und ihrer spezifischen Situation würde sie die Kürzung der Taggeld-Bezugsdauer von zwei auf ein und ein halbes Jahr empfindlich treffen.



Gegen Rassismus. Gegen die menschenfeindliche Asyl- und Ausländerpolitik der Behörden. Gegen SVP-Hetzer. Solidarität mit den von Ausgrenzung und Hass betroffenen MigrantInnen. Raus zur Demo. Zürich, Samstag, 26. Oktober, 13.30 Uhr, Hechtplatz (beim Bellevue).



Neugründung

«Alles ist in dauernder Bewegung», schrieb Ernest Mandel in seiner Einführung in den Marxismus. Will die kommunistische Bewegung die herrschenden, kapitalistischen Verhältnisse in eine sozialistische Gesellschaft verändern, dann ist es unvermeidlich, dass auch sie selbst in Bewegung bleibt: ideologisch und in der politischen Praxis. Die politischen Organisationen, die sich auf die kommunistische Geschichte beziehen, stecken in einer tiefen Krise. Auch zehn Jahre nach dem Zusammenbruch der degenerierten, bürokratischen «sozialistischen» Staatenwelt ist ein Wiederaufleben der revolutionären, kommunistischen Bewegung nicht absehbar. Das Abebben des revolutionären Aufschwungs von 1968, die stalinistische Degenerierung der russischen Revolution und von der kommunistischen Internationalen angehörenden Parteien, die abschreckenden Karikaturen von sich auf den Sozialismus berufenden Bewegungen und Herrschern, die fehlende Auseinandersetzung unter anderem mit Frauenunterdrückung und Umweltzerstörung haben eine tiefe Glaubwürdigkeitskrise sozialistischer Ideen gerade für neue Generationen von PolitaktivistInnen ausgelöst. Diese Glaubwürdigkeitskrise lässt sich nicht mit dem Bewahren der Erinnerung an die in vieler Hinsicht erfolgreichen Akti-onen von kommunistischen AktivistInnen oder mit der gebetsmühlenartigen Wiederholung der Notwendigkeit einer antikapitalistischen Alternative lösen. Eine Neugründung ohne stalinistischen, reformistischen, technologiegläubigen Machomief ist notwendig.

URS DIETHELM

Impressum

HERAUSGEBERIN:
Verlagsgenossenschaft Vorwärts,
PdAS und ihre Deutschschweizer
Sektionen. Postfach 2469, 8026
Zürich. PC: 40-19855-7. Jahresabo:
160.-, reduziert (AHV, Stud.) 110.-

REDAKTION:

Vorwärts, Postfach 2469, 8026 Zürich,
Telefon 01 241 66 77, Fax 01 242 08 58
e-mail: redaktion@vorwaerts.info
Walter Angst (wa), Matthias Hauser
(mh), Irene Keel (ike), Siro Torresan
(sit).

BÜRO BASEL:

Urs Diethelm (ud), Vorwärts, Güterstr.
122, 4053 Basel. Tel: 061 361 01 20,
e-mail: u.diethelm@vorwaerts.info

BÜRO BERN:

Sladjana Drobnjak (sdr)
s.drobnjak@vorwaerts.info
Vorwärts, Postfach 8701, 3001 Bern.

ABONNEMENTE:

Milna Nicolay,
administration@vorwaerts.info

DRUCK:

Coopérative d'Imprimerie, Genf

Anzeigen wegen Fini

Zwei Leute, die anfangs September am Protest gegen Gianfranco Fini teilgenommen haben, erhielten eine Anzeige wegen Landsfriedensbruch. Am 7. September war bestritt der italienische Neofaschist und Vizepremierminister in Bern eine Pressekonferenz. Die Polizei beschloss danach ohne Vorwarnung friedlich am Boden sitzende Protestierende mit Tränengas und Gummigeschossen, um dem Gast den Weg frei zu machen. Dabei gab es etliche Verletzungen.

Uster schickt Polizei

Im Rahmen der Aktionen bei Bau-Hardlinern wurde auch auf einer Baustelle des Baulöwen Risi in Baar gestreikt. Risi, der sich schon bei der Besetzung seiner Liegenschaft an der Gubelstrasse unnachgiebig zeigte, reichte Anzeige ein. Und wie schon bei den BesetzerInnen schickte Hanspeter Uster die Polizei vorbei. Die Grenadiere nahmen die Personalien der Streikenden auf. Nach GBI wurde damit das Neutralitätssprinzip verletzt und versucht, die Bauarbeiter einzuschüchtern. Nachdem die Sozialistisch-Grüne Alternative (SGA) einen grossen Wahlerfolg eingeheimst hat (VORWÄRTS 41), tritt SGA-Polizeichef Uster nun erneut unangenehm in Erscheinung.

Streikaktionen der GBI

Nach der Schliessung der Expo war am Sonntag Morgen die GBI vor den Toren der Arteplage in Neuchâtel präsent. In Genf wurde am darauf folgenden Montag an der Einweihung einer Überbauung auf den «Rentenbeschiss» aufmerksam gemacht.

Am 22. Oktober demonstrierten Bauarbeiter im St. Jakobstadion in Basel während dem Champions-League-Spiel gegen Valencia. Für den Bau des «Joggeli» ist ihnen auch Schicht- und Samstagsarbeit abverlangt worden. «Wir Bauarbeiter haben das Joggeli gebaut, jetzt wird uns die Rente geklaut», stand auf ihrem Transparent.

basar

Die Diskussion um die Flüchtlingspolitik der Schweiz im 2. Weltkrieg hat das Vergessen nicht aufgehoben: Der antifaschistische Widerstand und die Verfolgung der kommunistischen Bewegung während der NS-Diktatur ist in den 90er Jahren ein zweites Mal aus dem kollektiven Gedächtnis getilgt worden. In den 80er Jahren haben sich engagierte Kulturschaffende und Intellektuelle dieser spezifisch schweizerischen «Geschichte des Widerstands» erinnert. Wir wollen «die unterbrochene Spur» wieder aufnehmen: An einer Veranstaltung mit ZeitzeugInnen aus Zürich und Basel, dem Historiker und VORWÄRTS-Redaktor Matthias Hauser, dem Regisseur Matthias Knauer und seinem Kurzfilm «Berta Urech, Quartiermacherin» (1989, 17'). Ihre Teilnahme zugesagt haben bisher: Marie Jägglin, Walter Kern, Max Meier, Karl Palma, Grischa Schiow, Louise Stebler. Sie werden über die Rote Hilfe, den Widerstand Kulturschaffender, die Verfolgung der KommunistInnen, die Stimmung in der Armee,... berichten.

Die Veranstaltung findet am Sonntag, den 1. Dezember von 14.30 bis 17 Uhr in der Casa d'Italia in Zürich (Erismannstr. 6, Tram 8 bis Güterbahnhof) im Rahmen des Bazars der PdA-Zürich statt. Am Bazar gibt es ausserdem ab 11 Uhr einen reichhaltigen Brunch, ein vielfältiges Angebot an den Verkaufsständen und im Bücherantiquariat; ab 18 Uhr wird die «Cena Popolare» serviert.

Wir sagen **NEIN** zu den Bildungsvorlagen im Kanton Zürich!

NEIN zu den neoliberalen Gegenreformen aus der WTO-Küche!

Info: www.schulforum-zh.ch / schulforum-zh@bluewin.ch

oder Schulforum Kanton Zürich, Postfach 22, 8134 Adliswil

Die Kehrtwende beim Hanf

mh. Nach dem Entscheid des Ständerates droht eine drogenpolitische Wende. In der Wintersession debattiert der Nationalrat.

Die Zeit des grossen «Lädeli-Sterbens» war noch in Erinnerung. Und plötzlich war der Quartierladen wieder da. Allerdings mit einem anderen Angebot. Statt Milch und Zahnpasta stehen nun «Duftsäcklein» und «Badezusätze» im Sortiment. Nicht ganz gewöhnliche freilich, da sie üblicherweise in Rauch aufgehen und dem Konsumenten ein paar kreative Stunden beschern. Aus dem Lädeli ist der Hanfladen geworden. Und aus der Schweiz ein Paradies für KifferInnen.

In den 90er Jahren hat sich das Verhältnis sowohl zu so genannten «weichen» als auch zu «harten» Drogen merklich entkrampft. Doch möglicherweise ist mit dieser Entwicklung schon bald Schluss. Vor wenigen Tagen orientierte die «Nationale Arbeitsgemeinschaft Suchtpolitik» NAS über die drohende Wende in der Drogenpolitik. Sorge bereitet den Fachleuten die Stossrichtung, die der Ständerat im letzten Dezember eingeschlagen hat und bereits eine spürbare Verschärfung zeitigt. In der Revision des Betäubungsmittelgesetzes sprach er sich dafür aus, dass der Konsum von Drogen weiterhin strafrechtlich zu verfolgen sei. Mit dem Entscheid droht die Entwicklung einer zehnjährigen Praxis und das Resultat eines ebenso langen öffentlichen Diskurses über Bord geworfen zu werden. Tangiert ist in erster Linie der Konsens, dass Sucht aus krankhaftem Konsumzwang besteht und mit der Verfolgung der Abhängigen letztlich eine Krankheit kriminalisiert wird. Nicht dieser Meinung ist der Ständerat: Er setzt weiterhin auf Verbote und polizeiliche Verfolgung. In der kommenden Wintersession debattiert der Nationalrat. Folgt er dem Ständerat, ist die drogenpolitische Wende perfekt.

Dabei standen die Zeichen während langer Zeit ganz anders. Die parlamentarische Subkommission hatte eine weit gehende Entkriminalisierung vorgeschlagen, die vom Konsum bis zum sogenannten Mi-

krohandel für den Eigenbedarf reichen sollte. Nicht so weit gehen wollte der Bundesrat. In seiner Variante sollte der Konsum nur bedingt entkriminalisiert werden, der Deal für den Eigenbedarf überhaupt nicht. Das Njet des Ständerates markierte indes auch zur Position des Bundesrates eine völlige Neubewertung.

Gleichzeitig hat sich die Situation seit letztem Dezember in den Städten und Dörfern verschärft. Die Zahl der Razzien gegen Hanfläden steigt und die Hanfbauern und -bäuerinnen sehen sich einer stärkeren Repression ausgesetzt. Im Frühjahr wurde zudem bekannt, dass sich auch die Hanflegalisierung als Farce herausstellen könnte. Anbau und Verkauf von Cannabis sollen drastisch reglementiert und kontrolliert werden. Die Verordnung aus dem Departement Dreifuss sieht vor, dass Hanfläden zu Kontrollagenturen umfunktioniert werden sollen: Wer Cannabis kauft, wird registriert. Für Athos Staub von der NAS bedeutet dies, «dass eine teure bürokratische Überregulierung zu einem unattraktiven legalen Markt führt und somit den illegalen Konsum zementiert.» Man erinnert sich: Dass Hanfläden entstanden und auch toleriert wurden, wurde mit einer neuen «Philosophie» in der Drogenpolitik begründet. Mit der Trennung der Märkte sollte Cannabis und Haschisch von der Funktion als «Einstiegsdroge» befreit werden. Die Zeit der guten Vorsätze scheint indes vorbei zu sein.

Der Rückschritt im Legalisierungsprozess geht laut Staub auf eine «pessimistische Beurteilung der völkerrechtlichen Rahmenbedingungen» zurück. Mit anderen Worten: Die schweizerische Drogenpolitik steht unter internationalem Druck. Den Mut geraubt haben dürften aber die internationalen Pressionen auf einen anderen Bereich: den schweizerischen Finanzplatz. Hier gehts ums Bankgeheimnis, und das ist dem Ständerat teurer als eine vernünftige Drogenpolitik.

Der Salami der Swisscom

sit. Laut dem Vorschlag der Swisscom für den GAV 2004 sollen neu die Verhandlungen auf Betriebsebene durchgeführt werden. Die Gewerkschaften sprechen von einer Provokation und brechen die ersten Verhandlungen ab.

«Wenn die Swisscom die Konfrontation will, werden wir ihr bestimmt nicht aus dem Weg gehen», sagt Michel Berger, Regionalsekretär der Gewerkschaft Kommunikation für die Region Ostschweiz. Das sozialpartnerschaftliche Verhältnis zwischen der Swisscom AG und den Gewerkschaften Kommunikation und transfair sowie dem Kaderverband CASC ist getrübt – es bahnt sich eine harte Auseinandersetzung an.

Bereits früh, fünfzehn Monaten vor Ablauf des geltenden Gesamtarbeitsvertrags (GAV), bat die Swisscom die ArbeitnehmervertreterInnen zu ersten, vorgezogenen Verhandlungen. Die Gewerkschaften verliessen den Verhandlungstisch aber bereits nach der zweiten Runde. Sie lehnen den von der Swisscom unterbreiteten Entwurf des GAV 2004 kategorisch ab.

Warum? Wie der Kommunikationsriese die Zukunft des Vertrages sieht, steht in seinem Jahresbericht 2001: «Die Weiterentwicklung des GAV wird auf die Bedürfnisse der Gruppenstruktur ausgerichtet und soll den Gruppengesellschaften entsprechende Freiheiten lassen.» Demzufolge schlägt die Swisscom den Gewerkschaften vor, die Verhandlungen ab 2004 mit den einzelnen Betriebskommissionen zu führen. Dies betrifft vor allem die vielen Tochtergesellschaften der Swisscom (Gruppengesellschaften). Bisher sind die meisten von ihnen durch Anschlussverträge dem Swisscom-GAV unterstellt. Das Ziel der Swisscom ist klar: Sie will den Geltungsbereich des GAV reduzieren, indem sie für ihre Tochtergesellschaften einzelne Betriebsverträge, so genannte «Betriebsvereinbarungen», aushandelt. Die Gewerkschaften wären somit von direkten Verhandlungen ausgeschlossen. Der «Störfaktor Gewerkschaft» soll also ausgeschaltet, der Druck auf die ArbeitnehmerInnen erhöht werden.

Die Reaktion der Gewerkschaften ist heftig. In einer gemeinsamen Medienmitteilung bringen sie die Sache auf dem Punkt: «Der GAV-Entwurf der Swisscom hat einzig und alleine zum Ziel, die gewerkschaftliche Mitwirkung auszuhebeln, damit die Löhne weiter indi-

vidualisiert und dereguliert, Lohnkosten gesenkt und dank Abbau von Regeln der Arbeitsdruck auf die Beschäftigten erhöht werden kann.» Die Gewerkschaften verlangen von der Swisscom, dass sie ihren Vorschlag «bedingungslos zurückzieht».

Der Angriff des Kommunikationsriesen kommt in der altbekannten Salamitaktik: Stück für Stück sollen die Rechte der Angestellten beschnitten werden. Das Vorgehen der Swisscom zeigt auch, dass sie wenig Interesse an einer konstruktiven Sozialpartnerschaft hat. Diese setzt nämlich faire Bedingungen für beide Seiten voraus. Und dies bedeutet nichts anderes, als dass die Verhandlungen mit den Gewerkschaften und nicht mit den Betriebskommissionen zu führen sind.

Bilder Grafik Zeichnung

Verkaufsausstellung

O. Althaus, M. Amman, R. Bernasconi, Y. Binz, J.M. Brun, P. Camenisch, H. Daumier, H. Falk, K. Geiser, B. Gelpke, R. Gloor, V. Heussler, M. Kämpf, O. Kokoschka, J. Krienbühl, F. Masereel, A. Meyer, G. Nussbaum, H. Peter, R. Reinhard, F. Stauffer, Jun Sekino, H. Strub, V. Surbek, F. Valloton, E. Willareth und andere.

Im Schmiedenhof, Basel (Eingang Rümelinsplatz), Freitag 1. bis Dienstag 5. November, täglich von 11 bis 20 Uhr.

Erlös zu Gunsten des Vorwärts
Ihr Besuch würde uns freuen
Erika und Ruedi Bantle

Mit Rezept, aber ohne Salbe

wa. Die SVP will mit ihrer Asylverweigerungs-Initiative «verhindern», dass AsylbewerberInnen «unser medizinisches Netz ausnutzen». Vergessen haben die BlocherianerInnen, dass den Flüchtlingen der Zugang zu medizinischen Leistungen schon lange vergällt wird. Berichte aus dem Alltag einer rassistischen Zweiklassen-Medizin.

Wenn man die ehemalige Krankenschwester Afra Weidmann auf ihre Erfahrungen mit der medizinischen Versorgung von Flüchtlingen anspricht, so sprudelt es förmlich aus ihr heraus. Die Zürcher «augenauf»-Aktivistin hat beste Kenntnisse vom Alltag unerwünschter Flüchtlinge. Sie erzählt von Anselme, dem die gemeinhin als «liberal» geltende Stadtzürcher Asylorganisation kein Transportmittel für die Fahrt zur vereinbarten Kontrolle im Universitätsspital und zur ärztlich verschriebenen Physiotherapie zur Verfügung stellen wollte. Nach einem Fenstersturz war Anselme mit einem Beckenbruch auf der Intensivstation gelandet. Das Durchgangszentrum hatte nur einen Bus und keinen Fahrer; Taxifahrten erachtete man als «zu teuer».

Sie erzählt von der jungen Frau im Luzerner Rithaus. Die Nachtwache des von der Caritas betreuten Heims hielt es nicht für nötig, den Notarzt zu holen, als MitbewohnerInnen Alarm schlugen, weil sich die depressive Flüchtlingsfrau umbringen wollte. Der Arzt, der später doch noch gerufen wurde, konnte nur noch den Tod der Patientin feststellen.

Gilbert hat überlebt. Als er mit hämmernden Kopfschmerzen nach einem Notarzt verlangte, behauptete die Aargauer Asylbetreuerin, er wolle sich nur vor der mit einem Trinkgeld entlohnten Arbeit drücken. Der Arzt diagnostizierte einen grünen Star.

Weidmann berichtet von Ignoranz und bürokratischen Leerläufen. Eine hochschwangere Frau wurde vom Ausschaffungsgefängnis aus zum Untersuch in die Frauenklinik gebracht. Den zweiten Termin konnte sie nicht mehr wahrnehmen, weil sie nach ihrer Entlassung aus dem Knast dem Gatekeeper-System des Kantons Zürich unterstellt war. Das Spital führt Untersuchung nur noch durch, wenn ein auf der Asylliste stehender Hausarzt ihr die Patientin überweist.

Richtig deftig wurden die Erfahrungen der Zürcher Menschenrechtsgruppe aber, als Rita Fuhrer die private ORS in die Zürcher Asylbetreuung einschleuste. Ein Mann erhält vom zuständigen Flüchtlingsarzt das Rezept für eine Salbe, um seine schmerzhaft Beinverletzung zu behandeln. Die Asylbetreuer geben dem mittellosen Flüchtling jedoch das Geld nicht, um sich die Salbe zu kaufen. Einem Drogenkonsumenten verschreibt der Asyrlarzt Methadon, das von der ORS abgegeben werden müsste. Die ORS-Betreuer erteilen dem Junkie wegen einem Bagatelldelikt ein Hausverbot und unterbrechen so die Methadonabgabe. Der Mann landet zweimal auf der Intensivstation.

Zufälle oder System? Die medizinische Versorgung von fürsorgeabhängigen Asylsuchenden ist vor zwei Jahren umgekrempelt worden. Nachdem die Krankenkassen die Verträge mit dem BFF aufgelöst ha-

ben, revidierte der Bundesrat die einschlägige Asylverordnung und verpflichtete die Kantone, den Zugang zu medizinischen Leistungserbringern einzuschränken. Seither produziert der Moloch seine Metasthasen. 26 Modelle eingeschränkter medizinischer Versorgung gibt es in den Kantonen. Man wolle «eine migrationspezifische Medizin» aufbauen und gleichzeitig sicherstellen, «dass die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel für die Aufwendungen in der Gesundheitsversorgung von Asylsuchenden kostendeckend sind», sagt Barbara Zinggeler, Leiterin der Abteilung Asylfürsorge des Zürcher Sozialamts. In Tat und Wahrheit tragen die Zürcher Ärztesgesellschaft, die Abteilung Managed Care der Krankenkasse Helsana und Rita Fuhrers Sozialamt jedoch einen gesundheitspolitischen Machtkampf auf dem Buckel von AsylbewerberInnen aus. Die Ärztesgesellschaft «verteidigt» die freie Arztwahl. Die Helsana will in einem Pilotprojekt die Einschränkung dieser freien Arztwahl testen. Und das Sozialamt will den Druck auf unerwünschte AsylbewerberInnen so hoch wie möglich halten. So stehen denn Medizinmänner und -frauen auf der Zürcher Asyrlärzteliste, von denen man nicht einmal weiss, ob sie über spezifische Fremdsprachenkenntnisse verfügen - und das Sozialamt weigert sich, Asylsuchenden ein Abonnement des Zürcher Verkehrsverbundes zu geben, damit sie einen Arzt besuchen können, der ihre Sprache spricht. Im Kanton Bern ist man radikaler. Dort weist der Kantonsarzt den Flüchtlingen einfach einen «Hausarzt» zu - Kriterien unbekannt. Zu diesem Arzt darf der Flüchtling gehen - zu einem anderen nicht.

Dass da was im Argen liegt, weiss auch Hugo Köppl. Er ist im Schweizerischen Roten Kreuz (SRK) in Bern für das Dossier Asylbetreuung zuständig. Mit dem Gate-Keeping-Modell könnte man durchaus Sinnvolles machen, sagt Köppl. Gesundheitszentren zum Beispiel, in denen Flüchtlinge nicht nur auf Menschen treffen, die ihre Sprache sprechen, sondern auf Ärzte, die die von Frau Zinggeler erwähnte «migrationspezifische Medizin» beherrschen. Das wäre der Weg, um das Wohlbefinden von AsylbewerberInnen zu verbessern, und darüber hinaus auch noch die begrenzten Ressourcen möglichst wirkungsvoll einzusetzen. Doch das verträgt sich nicht mit der geltenden Vergällungsdoktrin der Asylbürokratie, die den unerwünschten Flüchtlingen das Leben so schwer wie möglich machen will.

Einen positiven Ansatz gebe es im Freiburgischen, sagt Köppl. Dort würden ausgebildete Krankenschwestern wöchentlich ein- bis zweimal Sprechstunden in den Durchgangszentren abhalten. Doch er müsse den BetreuerInnen der vom SRK in diversen

Kantonen betreuten Heimen immer wieder sagen, dass sie nicht darüber entscheiden könnten, ob ein Bewohner zum Arzt gehen dürfe, sagt Köppl. Dafür fehle ihnen schlicht die Fachausbildung.

Womit wir auf der Mikroebene angelangt wären und der Kreis sich schliesst. In den Durchgangszentren fand schon vor der Einführung der Gatekeeperei ein Gatekeeping statt. Bei den BetreuerInnen, die die Hausapotheke führen. Sie entscheiden über Arzt oder Nicht-Arzt. Die Konsequenzen ihrer Überforderung baden die Schwächsten aus - die Flüchtlinge. Doch darüber darf man im Moment ja nicht reden. Jetzt müsse man die SVP-Initiative bodigen, sagen alle Insider. Und in dieser Phase des Kampfes muss klar sein: Die «bad guys» sind die SVPler, die «good guys» der Rest. Da muss man halt ein Auge zudrücken - auch wenn das die Gesundheit der Flüchtlinge gefährden kann...

Autonomes Zentrum im Tessin geräumt

ike. Am 18. Oktober wurde das Centro Sociale Autogestito Molino in Lugano geräumt. Das seit sechs Jahren bestehende autonome Zentrum wurde früh morgens von einer Hundertschaft von PolizistInnen in Kampfmontur umstellt. Die achtzig Anwesenden, die passiven Widerstand leisteten, wurden weggetragen und verhaftet. Darunter befanden sich auch um die fünfzig ecuadorianische Sans-papiers. Das Kulturzentrum, ein ehemaliges Grotto im Grünen, zwischen Autofriedhof, AsylbewerberInnenunterkunft und teilweise verwaisten Firmen-Grundstücken, wurde den BesetzerInnen vor sechs Jahren angeboten. Zuvor hatte sich in einer besetzten Mühle mitten in Lugano ein reges subkulturelles Leben entwickelt, an dem bei Konzerten bis zu 500 Leuten teilnahmen. Das Angebot, das die BesetzerInnen zur Aufgabe des Widerstandes gegen die Räumung bringen sollte, ist damals schon kritisiert worden - sie hatten aber keine andere Wahl. Das neue Areal auf dem Land der Gemeinde Canobbio, das mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht zu erreichen ist, wurde trotzdem zum Treffpunkt radikaler Linker aus dem ganzen Tessin, zum Schauplatz subkultureller Grossveranstaltungen, zum Ort der politischen Diskussion und Aktivität. Für viele wird das Molino als Ausgangspunkt von Mobilisierungen gegen das WEF im Jahr 2001 in Erinnerung bleiben. Offenbar haben sich die Tessiner Behörden diesen widerständigen Ort nun mit einer simplen Methode vom Hals geschafft: Die Auseinandersetzungen zwischen der Gemeinde Canobbio wegen Lärm- und sonstigen Emissionen kulminierten im Räumungsauftrag der Regierungsrätin und SP-Bundesratskandidatin Patrizia Pesenti, von dem die «Molinari» nicht einmal vorgängig in Kenntnis gesetzt worden sind. Doch diese lassen sich nicht unterkriegen. Gegen die Zerstörung des einzigen linken Kulturzentrums im Kanton Tessin hat am vergangenen Samstag eine Demo mit 500 Leuten stattgefunden, weitere Aktionen sind geplant. «Ihr habt uns das Molino genommen? Dann nehmen wir uns die Plätze», beschreibt ein Journalist die kämpferische Stimmung. Und die BesetzerInnen sind entschlossen: «Ihr haltet uns nicht auf. Wir werden nie aufhören.»

Auflösung statt halbe Sachen

ud. Die Vollversammlung der Basler Frauenliste (FRAB) hat letzte Woche beschlossen, dass sich die Frauenpartei Ende Jahr auflöst. Der FRAB, die nach dem Frauenstreik im Jahr 1991 entstanden ist, fehlt es an neuen Aktivistinnen.

Die Frauenliste Basel zog kurz nach ihrer Gründung mit einem spektakulären Wahlerfolg in Fraktionsstärke ins kantonale Parlament ein. Heute vertreten die Frauen der FRAB nicht nur im Parlament, sondern auch im Verfassungsrat, im Strafgericht, im Sozialversicherungsgericht und in verschiedenen Schulinspektionen feministische Anliegen.

1996 wurde in Basel-Stadt die fünf Prozent Hürde für das Kantonsparlament eingeführt. Die Angst vor dem Scheitern führte die FRAB zum Bündnis mit BastA (Basels starke Alternative) und den Grünen. Bei den Nationalratswahlen 99 eröffnete sich zudem die Chance, mit einer breiter abgestützten Kandidatur der ehemaligen SP-Nationalrätin Margrit von Felten das linksalternativ, feministische und grüne Spektrum wieder einen Nationalratssitz zurückzuerobern. Ein Jahr später kandidierten die FRAB-Frauen zum ersten Mal auf einer gemischten Bündnis-Liste für die Kantonsparlamentswahlen. Dies führte laut Auskunft der Geschäftsführerin der FRAB schon damals zu internen Diskussionen und Austritten von Frauen, die damit ein eigenständiges, feministisches Politisieren in Frage gestellt sahen. Das Resultat des gemeinsamen Wahlauftrittes

war zudem negativ. Die Frauenliste verlor bei diesen Wahlen zwei ihrer sieben Parlamentssitze. Der Brief an befreundete Organisationen, in der die FRAB den Auflösungsbeschluss erklärt, macht auch deutlich, dass sich dieses Unbehagen seit der Integration in die gemeinsame Bündnisfraktion eher verstärkt hat. «Es zeigte sich (...), dass die Form dieses Bündnisses nicht der eigentlichen Intention der Frauenliste - nämlich dem eigenständigen feministischen Politisieren - entspricht.» Es sind denn auch drei bekannte ParlamentarierInnen der FRAB dieses Jahr aus der gemeinsamen Fraktion ausgetreten.

Die Frauenliste hat seit 1991 nicht nur feministische Postulate pointiert in einer breiten Basler Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt (zum Beispiel die Frage der Gewaltsteuer für Männer). Sie hat auch frischen Wind in die sich auflösende, aber an Parlamentssitzen hängende Linke mit ihren männerdominierten Strukturen gebracht. So haben zahlreiche Frauen aus der ehemaligen radikalen Linken ihre Chance genutzt, ohne Männerbremsen am Bein und mit neuen und alten Frauen aus der Frauenbewegung zu politisieren. Dieser frische Wind fand auch Ausdruck in einer femi-

nistischen Kampagne gegen den Beitritt der Schweiz zum IWF, die auf die Auswirkungen der IWF-Strukturanpassungsprogramme auf Frauen im Trikont hinwies.

Die Frauenliste verstand sich als parlamentarischer Arm der Frauenbewegung, wollte aber mit ihrer Arbeit auch Frauen für den ausserparlamentarischen Widerstand motivieren. Doch die aufwendige Parlamentsarbeit verschlang die Ressourcen der engagierten Frauen. Die Frauenliste hatte immer weniger die Kräfte, eigene Initiativen zu entwickeln und diese in der Öffentlichkeit auch zu vermitteln. Die Zusammenarbeit mit dem Bündnis hat diese Tendenz verstärkt. Ebenso der Rückzug von tragenden Frauen aus der Parlamentsarbeit und der Mangel an neuen AktivistInnen. Statt sich immer mehr mit falschen Kompromissen den Realitäten anzupassen, hat die Frauenliste das aktuelle Dilemma mit ihrer Auflösung auf Ende Jahr gelöst. «Eine erfolgreiche Epoche feministischer Parlamentspolitik wird dann Geschichte sein», schreibt die Frauenliste im Bewusstsein, «dass die Gleichstellungsziele noch lange nicht erreicht sind». Am 14. Dezember kann die Arbeit der Frauenliste im Sudhaus gefeiert werden.

«No work – no shop»

Dario Azzellini. Nach dem offenen Angriff der Regierung Berlusconi auf das vom 6. bis zum 9. November in Florenz stattfindende «Europäische Sozialforum» (ESF) haben wir Francesco Raparelli von der Bewegung der Disobbedienti gefragt, wie die radikalen Kräfte «Florenz» vorbereiten.

Disobbedienti

Die Bewegung der «Disobbedienti» ist aus den verschiedenen Kräften hervorgegangen, die sich im Sommer 2001 im «Stadion Carlini» für die Proteste gegen den G8-Gipfel zusammengefunden haben. Neben verschiedenen autonomen, aus den Centri Sociali hervorgegangenen, Kollektiven (unter anderem die Tute Bianche) sind auch die «Giovani Comunisti» von Rifondazione Comunista Teil der Bewegung. Francesco Raparelli, Aktivist der Bewegung der Disobbedienti aus Rom, ist Mitarbeiter der Zeitschrift «Posse» und Autor von zwei Beiträgen in «Genua – Italien – Geschichte – Perspektiven» (Assoziation A 2002), einem von Dario Azzellini herausgegebenen Sammelband mit Texten zur italienischen Antiglobalisierungsbewegung.

Wo steht die Vorbereitung des ESF?

Mitte Oktober sind die Gespräche zwischen der Vorbereitungsgruppe des ESF und den Regierungsinstitutionen abgebrochen worden, nachdem die Regierung gedroht hat das Schengener Abkommen aufzuheben. Diese Drohung besteht weiterhin. Begründet wird sie mit der angeblichen Anreise von «gewalttätigen Extremisten» aus dem Ausland. Das Innenministerium streut laufend Meldungen von vermeintlichen «5000 bis 6000 Black Block», die aus dem europäischen Ausland kommen sollen. Diese stellten nicht nur eine Gefährdung der Stadt dar, sondern auch des ESF.

Der Innenminister Giuseppe Pisanu hat in einer Rede vor dem Parlament bestätigt, dass es – gemäß Paragraf 2 des Schengener Abkommens – «aus Gründen der öffentlichen Ordnung strenge Kontrollen» an den Grenzen geben soll. Was bedeutet das und wie wird die Bewegung darauf reagieren?

Das ESF hat in einer Pressekonferenz reagiert und angekündigt, dass alle ParlamentarierInnen, die dem Forum schon immer nahe standen, also die von Rifondazione Comunista und den Grünen, in den Tagen an den Grenzen sein werden, um zu sehen, was wirklich geschieht. Ich denke die Kontrollen an den Grenzen werden sehr hart sein. Da aber die Abgeordneten und auch die Bewegung an den Grenzen präsent sein werden, werden die Grenzen Ort des Konflikts sein.

Pisanu hat auch erklärt, die Stadt Florenz sei «nicht geeignet für das ESF». Was steckt hinter dieser Aussage?

Wenn man auch seine anderen Erklärungen zum Black Block und zur Gewalt berücksichtigt, wird klar, dass es Pisanu um einen Bruch innerhalb des Forums geht. Er teilt das Forum in Moderate und Radikale, die Besetzungen von Banken und Aktionen in der Stadt planen; das sind die Ungehorsamen. Diese stellen deshalb ein Risiko für das Forum und die öffentliche Ordnung in der Stadt Florenz dar. Aufgrund der Aussagen Pisanus ist anzunehmen, dass die Regierung verhindern will, dass das ESF stattfindet – oder zumindest, dass es in Florenz stattfindet. Das wurde sofort von der Presse aufgegriffen. Italiens größte Tageszeitung «Corriere della sera» titelte «Rettet Florenz». Sie forderte, das ESF sei aus Florenz fernzuhalten.

Innerhalb der Democratici di Sinistra (DS) verschärft dies die Spaltung und den Konflikt um das ESF. Denn die starke Strömung «correntone» innerhalb der DS setzt in Zusammenarbeit mit dem Gewerkschaftsdachverband CGIL und dem Europäischen Gewerkschaftsbund klar auf das Forum. Die Strömung um D'Alema hingegen will am liebsten gar kein Forum. Sie hat deshalb vor einigen Wochen die eigene Position in der Leitung durchgeboxt. Leonardo Domenici, der DS-Bürgermeister der Stadt Florenz, betont weiterhin, Florenz sei eine «offene Stadt», man müsse sehen, «wie das Forum durchgeführt werden kann». Das alles zielt darauf ab, die linken Komponenten der Bewegung aus dem Forum herauszuspalten.

Die Streikbilanz der CGIL

Cyrus Salimi-Asl. Der vom grössten italienischen Gewerkschaftsbund CGIL ausgerufene achtstündige Generalstreik vom 18. Oktober war ein voller Erfolg. Millionen von ArbeiterInnen im ganzen Land haben die Arbeit niedergelegt und zwei Millionen Menschen haben an den Protestveranstaltungen teilgenommen, so die Gewerkschaft. Der neue CGIL-Generalsekretär, Guglielmo Epifani, verbucht damit auch einen ganz persönlichen Erfolg, denn seinem Vorgänger Sergio Cofferati war es in diesem Frühjahr gelungen, die grösste Demonstration aller Zeiten zu organisieren. Wie damals ging es auch diesmal wieder gegen die geplante Änderung des Kündigungsschutzartikels 18 des Arbeiterstatuts, das die Regierung mithilfe der anderen beiden Gewerkschaftsbünde CISL und UIL geändert hat. CGIL-Chef Guglielmo Epifani richtete von Florenz aus einen Appell an die anderen beiden «abtrünnigen» Gewerkschaften. «CISL und UIL, ihr habt eine grosse Chance verpasst. Wir wissen, dass angesichts einer solchen Krise die gewerkschaftliche Einheit nötig ist und wir wissen, dass man gemeinsam stärker ist. Verliert nicht noch weitere Zeit, macht nicht noch weitere Fehler: Der Süden, FIAT, die Arbeiter verlangen von euch Kohärenz; sie verlangen, dass ihr wieder zu ihnen haltet.»

Und wie haben die linken Kräfte der Bewegung reagiert?

Es gab eine Pressekonferenz, an der Disobbedienti, Cobas und andere verkündet haben, die Breite der Bewegung, die moderate und radikale Teile beinhalte, stelle die Matrix der Bewegung dar – und das werde auch so bleiben.

Diese Woche haben die OrganisatorInnen des ESF die Gespräche mit den Institutionen wieder aufgenommen. Überschattet wurde die Angelegenheit davon, dass die Stadt Florenz und die regionale Regierung nur die Hälfte der Räumlichkeiten zur Verfügung stellen will, die sie ursprünglich versprochen hatte. Gibt es Neuigkeiten?

Nein, bisher werden nicht genügend Strukturen angeboten. Es wird weiter verhandelt, doch wenn sich nichts tut, wenn kein geeigneter Raum angeboten wird, bleibt uns und vielen anderen keine andere Möglichkeit, als zu besetzen.

Wie stehen die Disobbedienti zum Forum?

Wir werden massiv auf dem Forum präsent sein. Wir wollen sowohl drinnen als auch draussen sein, Unterschiede klar machen, aber keine abgetrennten Positionen einnehmen, wie sie von einigen auf europäischer Ebene vorgeschlagen wurden. Das interessiert uns nicht, wir wollen Teil des Prozesses des Aufbaus des Europäischen Sozialforums sein, und zwar in radikaler und konfliktiver Weise. Aber deswegen stehen wir noch lange nicht außerhalb des Forums. Diese Position nützt denen, die eine Teilung des Forums wollen. Die Position des Autonomen Forums, wie sie von der PGA vorgeschlagen wurde, steht nicht zur Debatte; das haben auch viele andere Kräfte der Bewegung in einer Stellungnahme nach einem Treffen am 5. Oktober in Barcelona deutlich gemacht.

Wem würde denn eine freiwillige Trennung, ein Fernbleiben der radikalen Kräfte vom offiziellen Forum, nützen? Und was wollen die Disobbedienti im Forum?

Es würde dem Versuch nützen, das Forum zu polarisieren, zwischen den «moderaten und gewaltfreien» und den anderen, den «gewalttätigen», zu spalten. Es wird dann so aussehen, als ob sich im Forum jene befänden, die eben den Stand der Bewegung darstellen, wodurch diejenigen, die außerhalb stehen, wegen ihrer vermeintlich gewaltförmigen Praxis der Repression und Kriminalisierung ausgesetzt wären. Daher sagen wir, wir sind im Forum, wir durchqueren es in konfliktiver Weise. Wir wollen versuchen, eine kollektive Massendynamik in Gang zu setzen, ein anderes Treffen und Aktionen zu entwickeln, und eben auch Diskurse ausarbeiten. Das wollen wir unter anderem auf einem «Meta-Workshop» – wir sagen «no work – no shop» – über Kommunikation umsetzen. Das läuft im Rahmen von «global» – einer Zeitschrift, die wir als Bewegung demnächst lancieren. Auf dem Forum wird es aber auch ein «Global Radio» und ein «Global TV» geben. Wir haben für die Tage des ESF einen Satelliten gemietet und werden vor Ort Fernsehen machen.

Glaubt ihr, dass das Forum ein Erfolg wird für die linken Teile der Bewegung?

Wir hätten das ESF lieber in einer ganz anderen Dynamik und Situation organisiert als in Florenz. Es braucht heute den Impuls für einen neuen Zyklus globaler Kämpfe und nicht die Selbstdarstellung der Bewegung und den Aufbau eines organisatorischen Gerüsts. Wir brauchen ein offenes Experimentieren, wie denn globale Kampfzyklen in die Wege geleitet werden können. Das schliesst ein Experimentieren mit Praxen, ein gegenseitiges «Anstecken» unter den verschiedenen AkteurInnen und eine Verwurzelung in den Konflikten, in denen die Subjekte stecken, ein – nicht einfach nur den vermeintlichen Aufbau einer formal europäischen Bewegung.

Die Gewerkschaften und Teile der DS hingegen bilden eine Achse mit Attac Frankreich und vielen trotzkistischen Organisationen in Europa. All diese Kräfte setzen nicht auf die Förderung von Bewegung, sondern auf politisch-personelle Repräsentanz.

Arbeitskampf in Israel

Hans Lebrecht. In Israel streiken 100 000 öffentlich Bedienstete von Kommunen und Regionen.

Am 12. Oktober traten alle ArbeiterInnen und Angestellte der lokalen und regionalen Verwaltung in Israel in den Streik. Gleichzeitig eröffneten etwa 80 000 Angestellte in Regierungsämtern und -unternehmen einen Bummelstreik. Beide Streikaktionen werden von dem der Arbeitspartei nahestehenden Gewerkschaftsbund Histadrut unterstützt. Die Auswirkungen des Streiks sind spürbar. Nicht nur die vor verschlossenen Amtstüren stehenden BürgerInnen sind betroffen. Der Müll häuft sich in den Strassen. Und 100 000 SchülerInnen in ländlichen Bezirken können nicht zur Schule gehen, da die FahrerInnen der gelben Schulbusse streiken.

Die wichtigsten Forderungen der Streikenden und ihrer Gewerkschaften ist die Erhöhung des Teuerungsausgleichs um mindestens 6,4 Prozent. Dieser Zuschlag sollte laut Gesetz mindestens einmal pro Jahr erfolgen, wenn der offizielle Teuerungs-Index eine bestimmte Stufe übersteigt. Dies ist war der letzten Erhöhung vor zwei Jahren bereits mehrfach der Fall, ohne dass der Teuerungsausgleich ausbezahlt worden wäre. Dabei wurde jüngst vom Regierungsamtsamt für Statistik bekannt gegeben, dass allein in den ersten drei Quartalen dieses Jahres die Löhne 8,2 Prozent ihres Realwerts verloren haben.

Weitere Forderungen beziehen sich auf die Annullierung von in den vergangenen Monaten eingeführten, drastischen Kürzungen im Sozialhilfe-Bereich. So wurden die Renten, die Sozialfürsorge und die Kindergelder pauschal um vier Prozent gekürzt. Neue, noch schwerer wiegende Kürzungen in diesem Bereich stehen zur Zeit im Rahmen des vom Finanzministerium eingereichten Haushaltsplans für das Jahr 2003 in der Knesset zur Diskussion. Die Streikenden und ihre Verbände fordern eine Revidierung dieser Vorschläge. Umgekehrt soll endlich die schon lange zur Debatte stehende Besteuerung der Börsenprofite, die Erhöhung der Steuern für Reingewinne der Banken und Grossunternehmen, sowie der Profite des investierten Auslandskapitals eingeführt werden. Ein weiterer Budget-Ausgleich könne durch Streichungen bei den allzu grosszügigen staatlichen Zuschüssen für die den Friedensprozess sabotierenden Siedlungen in den besetzten Gebieten gefunden werden.

Die Sprecher des Finanzministeriums und des Unternehmerverbandes lehnen die Streikforderungen einstweilen strikt ab. Sie behaupten, dass diese die ohnehin schon schwere wirtschaftliche Krise des Landes massiv zuspitzen würden. Die ArbeitnehmerInnen wären davon am stärksten betroffen, behaupten sie. Die Sprecher der Streikenden und ihrer Gewerkschaften weisen diese Ausreden zurück.

Am 22. Oktober ging der Streik im Bereich der städtischen und kommunalen Dienstleistungen in den zehnten Tag. Die für vergangenen Samstagabend, dem Beginn der Arbeitswoche in Israel, angekündigte Verschärfung des Streiks wurde kurz vor dem angekündigten Termin verschoben, da der Unternehmerverband Verhandlungen mit den Gewerkschaften über eine Teuerungszulage aufgenommen hatte. Der Sprecher der Histadrut-Gewerkschaftsverbandes hat erklärt, die Verschärfung und Erweiterung des Streiks könne für drei Tage ausgesetzt werden, da bei den Verhandlungen gewisse Fortschritte zu verzeichnen seien. Bereits am Sonntag und Montag sind Teile der in den Strassen der Städte angehäuften Müllberge abgeräumt worden.

Angst und Terror vor dem 2. Wahlgang

Jurema Aprile, São Paulo. Gewalt und Terror haben in Brasilien seit der Verschärfung der sozialen Krise stark zugenommen. Am stärksten sind die ärmsten Bevölkerungsschichten an der Peripherie der Grossstädte davon betroffen. Dort herrschen Todesschwadronen und die Drogenmafia, welche verdeckte Verbindungen zur Militärpolizei und zur extremen Rechten haben.

Nach einer Untersuchung des Instituto de Estudos da Religião (ISER) wurden in den Jahren 1987 bis 2001 allein in Rio de Janeiro rund 4000 Jugendliche erschossen – mehr als bei bewaffneten Auseinandersetzungen in Kolumbien (ISER, Rio de Janeiro, 9. September 02). Aufgeschreckt durch einen möglichen Wahlsieg Lulas im zweiten Wahlgang schürt die Rechte ein Klima der Angst und des Terrors. In der Nähe von São Paulo findet die Polizei ein Auto mit einer dreissig Kilogramm schweren Bombe, welches in der Nähe der Börse hätte explodieren sollen.

Strategie der Angst

Das Rezept ist einfach: Die Regierung mit ihrem Kandidaten Serra setzt voll auf das Schüren von Ängsten. Da ist einmal das während der Jahren der Militärdiktatur aufgebaute Schreckbild der Linken, jedwelcher Schattierung. Die Zeitschrift «Veja», in etwa vergleichbar mit dem «Spiegel» in Deutschland, bringt im Titelbild ein Monster mit Namen «Partido dos Trabalhadores» (PT) – die Partei Lulas. Bei genauem Hinsehen ist es ein Cerberus mit drei Köpfen: Lenin, Trotzky und Marx. Ein anderer gern eingesetzter Slogan: «Wählen Sie keine Partei, welche Verbindungen zum kubanischen Diktator Fidel Castro und zum venezolanischen Putschisten Chavez hat!»

Berühmte Schauspielerinnen erscheinen zu besserer Sendezeit am Fernsehen und «gestehen», dass sie Angst vor der PT haben. Auch wirtschaftliche Ängste

werden kalkuliert provoziert. Die Regierung macht am Fernsehen Wahlpropaganda mit Schreckensbildern über das wirtschaftliche Elend in Argentinien, mit der Botschaft: So wird es in Brasilien herauskommen, wenn jemand die Wahlen gewinnt, der die «wirtschaftliche Stabilität» (!) Brasiliens aufs Spiel setzt.

Die Rechnung scheint nicht aufzugehen. Lula liegt in allen Wahlumfragen weit vor Serra, und zwar in allen Bundesstaaten. Ein hoher Verantwortlicher des Ibope, des grössten Meinungsumfrage-Instituts Brasiliens, stellte mir gegenüber hinter vorgehaltener Hand eine überzeugende Hypothese auf, wonach die Angstkampagne der Rechten möglicherweise das Gegenteil bewirkt: Wer immer schon Angst vor der PT hatte, bekommt jetzt Horror, wer hingegen keine Angst hatte, aber nicht unbedingt PT wählte, tut dies jetzt erst recht aus Empörung über die Kampagne der Regierung. Es handle sich dabei genau um diejenigen dreissig Prozent unentschlossener WählerInnen, welche die PT zum Wahlsieg unbedingt braucht, da bekannterweise dreissig Prozent unter allen Umständen PT wählen, während dreissig Prozent niemals PT wählen werden.

Strategie des Terrors

São Paulo ist ein wichtiger Schauplatz des Wahlkampfes. Hier werden 46 Prozent aller Güter produziert, also fast die Hälfte des BIP von ganz Brasilien. Die Stadtregierung ist in der Hand der PT in der Person der Bürgermeisterin Marta Suplicy, einer beliebten und

konsequenten linken Politikerin. Entsprechend bedeutsam ist nun der Kampf um das Amt des Gouverneurs des Bundesstaates São Paulo. José Genoíno aus der Gründergeneration der PT, welcher aus dem bewaffneten Guerilla-Kampf gegen die Militärdiktatur kommt, hat gute Chancen, im Zuge des Lula-Sieges gewählt zu werden. Für Lula als Präsident Brasiliens wäre ein von der PT regierter Bundesstaat São Paulo eine wichtige Stütze, muss doch davon ausgegangen werden, dass er sich mit einer rechten Mehrheit in Kongress und Senat konfrontiert sieht.

Und nun dies: Eine dreissig Kilogramm schwere Bombe, welche die Militärpolizei mitten in einer belebten Busstation in der Nähe von Campinas findet. Eine verhaftete Person gibt an, die Bombe sei für ein Attentat an der Börse in São Paulo vorgesehen gewesen. Obwohl seitens der regierungsnahen Presse die Urheberschaft sofort der «organisierten Kriminalität» zugeschoben wurde, macht die Erwähnung der Börse stutzig. Die Polizei deutet ihrerseits bedeutungsschwer an, hinter dem geplanten Attentat stünden möglicherweise «internationale Verbindungen». Eine Provokation? Sicher ist, dass das organisierte Verbrechen, ein Amalgam aus Drogenmafia, Waffenhandel und Militärpolizei historisch immer Verbindungen zur extremen Rechten hatte und zur Zeit der Militärdiktatur mittels Todesschwadronen, Entführungen und Folter die Repression gegen den Widerstand besorgte.

ÜBERSETZUNG: CHRISTIAN JORDI



Die Journalistin Jurema Aprile schreibt aus São Paulo für den Vorwärts.

Gefangen, gefoltert, ermordet

Während der letzten zwei Jahre der Intifada wurden 35 000 PalästinenserInnen von der israelischen Armee verhaftet. 9000 von ihnen sitzen ohne Gerichtsurteil und unter unmenschlichen Haftbedingungen in israelischen Gefängnissen. Der Vorwärts sprach mit Vertretern der «Palestinian prisoner society» in Bethlehem.

Unser Gesprächspartner Basim S. arbeitet für den palästinensischen Lokalsender als Fernsehjournalist und hilft in seiner Freizeit ehrenamtlich bei der Gefangenorganisation aus. Täglich müssen Angehörige und Verwandte betreut werden, die für ihre inhaftierten Angehörigen um juristische Unterstützung und Hilfe für die zahlreichen Bewilligungen für Gefangenenbesuche oder Kleider und Nahrungsmittel nachsuchen. Oft melden sich Familien auch, weil sie nach ergebnisloser Suche nach Verschwundenen hoffen, dass die Gefangenorganisation über ihre Kontakte in die Gefängnisse herausfindet, ob ihre Angehörigen noch leben oder in welchen Gefängnis sie festgehalten werden. Häufig schweben die Familien mehrere Wochen in Ungewissheit über ihre Angehörigen.

95 Prozent der Gefangenen haben nie einen Haftrichter gesehen. Die israelische Armee hat die «Administrativhaft» mit der zweiten Intifada wieder eingeführt, nachdem sie auf Grund massiver Kritik von internationalen Menschenrechtsorganisationen abgeschafft worden war. Bei einer «Administrativhaft» können Verhaftete ohne Haftgrund und richterlichen Entscheid für sechs Monate inhaftiert werden. Sie kann wiederum ohne richterlichen Entscheid, sechsmal um sechs Monate verlängert werden.

Die Massenverhaftungen und die Inhaftierung von palästinensischen Zivilpersonen in den besetzten Gebieten sind oft begleitet von menschenrechtswidrigen Übergriffen der israelischen Armee. Die palästinensische Gefangenorganisation veröffentlichte im Februar vierzig Fälle von Exekutionen von Gefangenen nach ihrer Verhaftung durch israelische Soldaten. Nach dem Vorbild von Amnesty International führt sie eine Liste mit Namen, Herkunft, AugenzeugInnen- und Arztberichten der Getöteten. Zu den schlimmsten Fällen gehört der Tod von Hassan Abu Sheirah. Der 30-Jährige aus dem Al-Azza-Flüchtlingslager in Bethlehem wurde nach seiner Verhaftung zu Tode gefoltert. Bei der Untersuchung der Leiche stellten die Ärzte amputierte Finger, herausgerissene Fingernägel, Brandspuren von Zigaretten und Elektroschocks fest. Die Arztberichte wiesen nach, dass Hassan an den Folterungen gestorben ist. Die Gefangenorganisation be-

stätigt auch Berichte und Fotos von «Spiegel Online», die von der vorsätzlichen Tötung eines am Boden liegenden, nackten und gefesselten Palästinensers erzählten.

Wer seine Verhaftung und die von den Richtern legitimierte Folterungen überlebt, den erwartet monate- bis jahrlange Haft unter menschenrechtswidrigen Bedingungen. Verletzte Gefangene haben kaum Zugang zu ärztlicher Versorgung, alle erhalten zu wenig Nahrung und kaum neue Kleider. Sie müssen in grosser Zahl in Massenlagern und überfüllten Zelten ausharren. Die Gefangenorganisation geht davon aus, dass neunzig Prozent der Gefangenen auch während ihres Gefängnisaufenthaltes gefoltert werden.

Die Gefangenorganisation bezahlt AnwaltInnen,

die versuchen, den Aufenthaltsort der Gefangenen mit Besuchen in Gefängnissen ausfindig zu machen. Da mit Ausnahme des grössten Lagers in der Nähe von Ramallah alle Gefängnisse innerhalb von Israel liegen, ist es den palästinensischen Angehörigen nur selten erlaubt, die Gefangenen zu besuchen. Die palästinensische Gefangenorganisation ist auf die Unterstützung von israelischen Menschenrechtsorganisationen und ihre AnwaltInnen angewiesen, um den Gefangenen Nahrungshilfe und Kleider zukommen zu lassen. Die «Palestinian prisoner society» hat in ihrem neuesten Flugblatt zur Gründung von lokalen Unterstützungskomitees aufgerufen, um den enormen Aufwand zur politischen und praktischen Unterstützung der 9000 Inhaftierten bewältigen zu können.

Belagertes Rio

Eva Danzi Suarez. Eine Augenzeugin aus der Schweiz berichtet, wie sie die erste Wahlrunde in Rio de Janeiro erlebt hat.

Eine Woche vor den Wahlen herrscht ein ziemlich gespanntes Klima. Den ersten Tag erlebe ich im Ausnahmezustand. Nach einer Schiesserei zwischen einer der dominierenden Banden und der Polizei im Zentrum einige Tage zuvor – gemäss Medien ein Auftragsverbrechen eines Drogenbosses, der im Gefängnis sitzt – ordneten verschiedene Bandenchefs an, dass am 30. September sämtliche öffentlichen Stellen und Betriebe in der Stadt und in der Agglomeration schliessen müssen. Pikant ist, dass dieser Befehl nicht nur Favelas betrifft, sondern auch zahlreiche bessere Quartiere. 50 000 SchülerInnen können nicht zur Schule, in den Favelas wird auch der Abend-Unterricht untersagt. 2000 Busse müssen in der Garage stehen bleiben, eine beträchtliche Anzahl Fabriken und Banken dürfen

nicht arbeiten; Gesundheitszentren, Geschäfte und Supermärkte bleiben geschlossen. Immer wieder kommt es zu Bombendrohungen. Vier Busse, deren Chauffeure den Befehlen nicht folgten, werden kurzerhand von bewaffneten Bandenmitgliedern in Brand gesteckt. Einer der Buschauffeure wird mit Benzin übergossen. Die Warnung wird verstanden – es fährt kein Bus mehr. 800 000 Menschen werden in der Folge nicht transportiert. Über 40 000 Zivil- und Militärpolizisten bewachen Stadt und Agglomeration. Trotzdem wird in den Geschäften schon frühmorgens von bewaffneten Bandenmitgliedern kontrolliert, ob der Befehl eingehalten wird. Bei Verweigerung des Befehls gibt es eine Vorwarnung, dann wird geschossen.

In der Favela, in der ich mich aufhalte,

wird während der Woche viel geschossen, insbesondere die Militärpolizei zeigt ihre Macht mit willkürlichen Kontrollen und rücksichtslosen Schiessereien. Etwas lerne ich schnell: wenn ein Polizeiwagen auftaucht, verschwindet man am besten in der nächsten Bar. Es ist ebenfalls angebracht, sich strikt an die «Gesetze» der in der Favela kommandierenden Bande zu halten, die auch die Wahlen betreffen können: Es wird beispielsweise gar nicht gerne gesehen, wenn Personen mit Lula-Fähnchen die Favela betreten, zumal das Kommando andere Favoriten hat. Unzählige MitarbeiterInnen verteilen Wahlpropaganda, meist von rechten Parteien; beim Überreichen grinsen sie einen an und flüstern: «ich muss das zwar verteilen, aber wähle den niemals, du weisst schon...»

Verlegenheiten, aber nicht ohne Hoffnung

Dick Boer. Ein holländischer Theologe und Kommunist über die von Wolf und Frigga Haug herausgegebenen «Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden». Keine Systemalternative, aber beharrliches Nachdenken über ein linkes Projekt.

Endlich trauen sich linke Intellektuelle wieder, sich öffentlich über den Sozialismus zu unterhalten. Nach seinem Verschwinden zwar, aber in der positiven Absicht «die Fragen nach Perspektiven und Subjekten von Sozialismus neu aufzunehmen» (8). Die «Unterhaltungen» verstehen sich als eine konkrete Dienstleistung an die PDS, eine Art von «unabhängige[r] Politikberatung» (18), offenbar in der Hoffnung, dass die PDS Trägerin eines neuen linken, sowohl politikfähigen als auch systemkritischen, Projekts sein kann. Das Buch, kurz vor der Bundestagswahl erschienen, kann sich noch nicht mit deren für die PDS so enttäuschendem Ergebnis auseinandersetzen. Aber dieses bestätigt, was die Unterhaltungen schon umtreibt: Auf der Suche nach Perspektiven und Subjekten entdecken die GesprächspartnerInnen, dass sich solche höchstens als äusserst Ambivalente feststellen lassen. Es gibt Gegenbewegungen – namentlich die gegen neoliberale Globalisierung – und es gibt auch die Massen von Menschen, die den Preis dieser neoliberalen Globalisierung bezahlen müssen. Es gibt aber kaum Anzeichen für ein linkes Projekt, das global und lokal die Massen ergreift. Vielmehr ist es der Geist des nicht nur erschreckenden, sondern auch faszinierenden (post?)modernen Kapitalismus, der die Gemüter auch der Ärmsten beherrscht – geschweige denn die Gemüter der von diesem Kapitalismus noch immer Profitierenden, die in unserem Bereich der Welt bisher die Mehrheit stellen.

So zeigen die Unterhaltungen, jedenfalls mir, vor allem Verlegenheit. Unwiderrprochen bleibt die Schlussfolgerung von Christoph Türcke: «Ich komme hier über ganz abstrakte Appelle nicht hinaus wie: Genau hinschauen, wo sich dort an verwundbaren, an ernst zu nehmenden Punkten (...), die Veränderung möglich machen, etwas konstelliert, um Seattle, um Chiapas etc. (...) Aber daraus parteiprogrammatisch brauchbare Formeln zu gewinnen, das scheint mir zum gegenwärtigen Zeitpunkt aussichtslos zu sein.» Das Einzige was bleibt, ist: «ein paar analytische Beispiele zu geben» (169). Und diese sind oft deprimierend, zum Beispiel wenn Frank Deppe – ebenfalls unwiderrprochen – feststellt: «Die Arbeiterklasse formiert sich international neu, vor allem in den unteren Segmenten. Es entsteht eine neue ‚Helotenklasse‘, die – bei Niedriglöhnen und kaum vorhandenem sozialem Schutz – die niederen Dienstleistungen für die einheimischen Mittel- und Oberklassen verrichtet. Das sind die ‚Pull-Faktoren‘, die die globalen Migrationsprozesse aus den Metropolen des Kapitals heraus verstärken, die aber gleichzeitig die traditionellen Voraussetzungen der Entwicklung eines solidarischen Bewusstseins in den Arbeiterklassen der Metropolen untergraben und so auch Bedingungen für Rassismus, Fremdenfeindlichkeit usw. reproduzieren.» (123) Oder wenn Frigga Haug bemerkt, wie sehr wir an der Front der Geschlechterverhältnisse «eine Reihe von Siegen auf Seiten neoliberaler Hegemonie» erleben, indem einerseits die Frage der Geschlechter positiv aufgegriffen wird (als Beispiel nennt sie, dass das Projekt «Gender Mainstreaming» in Hamburg zehn Professuren bekommen hat), andererseits mit Erfolg suggeriert wird, «die Politik müsse so geführt werden, dass jede Frau für sich glaubt, das Recht zu erringen, bei den Oberen mitzumischen» und schlussfolgert: «So ungefähr erleben wir den Sieg über die Fragen der Frauenbewegung.» (157)

Es erstaunt also nicht, dass Wolf Fritz Haug in seinem «Vorwort» (das nach den Unterhaltungen verfasst wurde) schreibt: «Unsere Hände sind leer, was eine realisierbare und mehrheitsfähige Systemalternative angeht.» (17) Und auf Benjamin zu sprechen kommt, der in seiner Verzweiflung über den Sieg des Faschismus, die die verheerende Niederlage der Arbeiterbewegung war, als Motiv bleibenden Widerstandes nicht mehr zu sagen wusste als: «Dass es so weitergeht, ist die Katastrophe.»

Widerstand, das ist es auch was die Teilnehmer an den Unterhaltungen leisten, indem sie darauf beharren, sich den Kopf über die (Un-)Möglichkeit eines linken Projekts zu zerbrechen – auch wenn dieses unmöglich erscheinen muss. Sie ergehen sich dabei nicht

nur in Hinweisen auf das, was sich in der Welt (trotz allem) bewegt, sondern wollen auch immer noch wissen wie die Linke dazu organisatorisch beitragen kann. Und meinen, auf eine Partei nicht verzichten zu können, obwohl die herrschende Kultur einer radikalen Individualisierung die Bildung von Kollektiven wie einer Partei frustriert und die prinzipienlose Art, in der die herrschende politische Klasse ihr Geschäft betreibt, das Parteiensystem zutiefst unglaubwürdig gemacht hat.

Das Parteikonzept, das dabei herauskommt, bleibt sehr allgemein und die Reaktion, die es hervorruft, wird wahrscheinlich vor allem bestehen in: natürlich, selbstverständlich, klar. Aber es handelt sich um die Klarheit des Wiedererkennens, nicht um eine neue Erkenntnis. Denn was ist das Neue, wenn Wolf Fritz Haug in seinem «Vorwort» das Konzept zusammenfasst: «Freilich muss eine Partei auch vereinheitlichen, um sich nicht selbst aufzugeben. Doch sie muss akzeptieren, dass sie nicht die einzige vereinheitlichende Kraft ist, sondern im gleichberechtigten Nebeneinander mit anderen diese Funktion immer neu durch Bündelung der widersprüchlichen Impulse zu erarbeiten hat.» (14) In der Tat, hier wird für die Gegenwart aktualisiert, «was Rosa Luxemburg einst ‚revolutionäre Realpolitik‘ genannt hat», eine Politik der «systemüberwindende[n] Reformen» (10). Aber wo ist da der Unterschied zum Selbstverständnis einer traditionellen linken Partei? Ich selber habe es in der niederländischen KP nicht anders gelernt. Dass es dabei zwischen Theorie und Praxis gelinde gesagt gewaltige Spannungen gab, ist wahr, spricht aber nicht gegen das Konzept und schloss auch nicht die Möglichkeit einer selbstkritischen Erneuerung aus. Offenbar ist, auch wenn man weiss: «Es stimmt fast nichts mehr, was wir in den 1970er Jahren für richtig gehalten und getan haben» (Frigga Haug, 133), zur Zeit nicht mehr möglich, als ein traditionelles Parteikonzept «neu» aufzulegen.

Auch das verrät Verlegenheit. Es könnte aber sein, dass wir in dieser Verlegenheit gerade auf das zurückgreifen, was auch heute Not tut: Die Partei als der Ort, «um Interessen kollektiv – als soziale und politische Kraft – zu artikulieren, um – wie Gramsci sagte – als ‚kollektiver Intellektueller‘ die Erfahrungen von Erfolg und Niederlage zu erarbeiten, strategisch zu denken und zu handeln», wie Frank Deppe es schön formuliert (147). Es handelt sich hier um einen Ort unter anderen, marginal und permanent auch marginalisiert. Als solcher jedoch ist er äusserst notwendig, weil dort etwas bewahrt bleibt – indem es fortdauernd aktualisiert wird! –, das als Erkenntnis auch der heutigen Gesellschaft nicht fehlen darf: «der theoretische Grundgedanke der marxischen Kritik der Politischen Ökonomie» (Peter von Oertzen in seinem «Nachwort», 250f.). Es ist die Erkenntnis der Destruktivität, die zum Wesen der kapitalistischen Produktion gehört. Diese Erkenntnis zu vermitteln, von dieser Erkenntnis her in die Gesellschaft zu intervenieren – ich kann mir wie eigentlich auch die TeilnehmerInnen an den «Unterhaltungen» nicht vorstellen, dass wir darauf verzichteten. Nicht mit dem übermenschlichen Anspruch als in einer Partei organisierten Linke die Revolution, ja schon eine radikale Reformpolitik («angesichts der Kräfteverhältnisse fast so utopisch ... wie seine [des Kapitalismus] Abschaffung», schreibt Wolf) «machen» zu können. Wolf Fritz Haug erinnert mit Recht an «Rosa Luxemburgs Unterscheidung zwischen dem Machen und dem Vorbereiten» (153). Und erklärt: «Was kein Akteur [keine Partei – db] machen kann, wäre eine ‚Explosion‘. Das ereignet sich. Aber man kann vorbereiten, dass, wenn eine solche Explosion sich ereignet, produktive Verarbeitungsformen folgen und nicht der gemeinsame Untergang.»

So, befreit von der Sorge, um jeden Preis eine «realisierbare und mehrheitsfähige Systemalternative» entwickeln zu müssen, kann eine marxistisch orientierte, linke Partei vorbereiten, was nicht gemacht werden kann, aber worauf zu hoffen geboten bleibt. In dieser Hoffnung sind die «Unterhaltungen» öffentlich gemacht, in dieser Hoffnung seien sie den LeserInnen empfohlen. Auch wenn die Verlegenheiten bleiben.

In den Alpen
Zürich. Uraufführung von Elfriede Jelineks jüngstem Stück, das die Entqualifizierung von Leben im Kapitalismus angreift.

FREITAG 25., SAMSTAG 26.,
SONNTAG 27., MONTAG 28. OKTOBER,
20 UHR, BOX IM SCHIFFBAU.

sogar-Theater
Zürich. «Die Gefühle befinden sich im Gehirn.» Der Psychiater Mario Gmür hat über Jahre Texte von an Schizophrenie erkrankten Menschen gesammelt.

FREITAG 25. OKTOBER, 20.30 UHR,
WEITERE VORSTELLUNGEN BIS SONNTAG
3. NOVEMBER, SOGAR-THEATER,
JOSEFSTR. 106.

Tapia eta Leturia
Bremgarten AG. Informationen zur aktuellen Situation im Baskenland mit dem Euskadi-Komitee, anschliessend baskische Folklore.

FREITAG 25. OKTOBER, 20.30 UHR
VERANSTALTUNG, 22 UHR TAPIA ETA
LETURIA, KLEIDERFABRIK.

Kino Küsse Knieverrenkung
Zürich. Wie Frauen sich früher in Zürich vergnügten. Frauenstadtrundgang für Frauen.

SAMSTAG 26. OKTOBER, 16.15 UHR,
OPERNHAUS-HAUPTINGANG.

Recht auf Bildung für alle
Zürich. Staatsschule zwischen Abschaffung und globalem Markt. Mit Jürgen Oelkers, Professor für allgemeine Pädagogik an der Uni Zürich.

SONNTAG 27. OKTOBER, 18 UHR,
ZENTRUM KARL DER GROSSE.

Zeitzeuginnen
Zürich. Die Basler Kommunistin Louise Stebler-Keller berichtet über die Arbeit in der Roten Hilfe in Basel zwischen 1933 und 1945, zusammen mit Cioma Schönhaus, die in Berlin während der NS-Zeit Dokumente für Flüchtlinge fälschte.

SONNTAG 27. OKTOBER, 11 UHR,
ST. ALBAN-VORSTADT 12, BASEL.

Big Brother Awards
Winterthur. Verleihung der alljährlichen Auszeichnungen für die grössten Datenschnüffler, das grösste Schnüffellebenswerk und den lebenswertesten Widerstand.

DIENSTAG 29. OKTOBER, 19.30 UHR,
CASINOTHEATER.

Vom Antizionismus zum Antisemitismus
Zürich. Antizionismus – Antisemitismus von links? Ingrid Strobl hinterfragt Motive hinter dem linken Antizionismus. Strobl hat unter anderem «Die Angst kam erst danach. Jüdische Frauen im Widerstand 1939-1945» publiziert.

MITTWOCH 30. OKTOBER, 19.30 UHR,
GBI-GEBAUDE, STRASSBURGSTR. 11.

Camenisch und Bortone
Winterthur. Zur Geschichte, den Haftbedingungen und zum Stand des Verfahrens gegen den militanten Umwelt-Aktivist Marco Camenisch und den italienischen Militanten Nicola Bortone.

DONNERSTAG 31. OKTOBER, 20 UHR,
INFOLADEN RABIA, BACHTELSTR. 70.

Fernsehtipps

Der Dritte Mann
Packende Verfilmung der Geschichte von Graham Greene, Carol Reed, GB 1949.

SAMSTAG 26. OKTOBER, 1.35 UHR,
ORF2.

Sturm über Asien
Ein junger Mongole soll als britische Marionette MongollInnen-Führer werden, wird jedoch zum kämpferischen Rebellen. Bedeutender Stummfilm von Wsewolod Pudowkin, SU 1928.

MONTAG 28. OKTOBER, 0.30 UHR,
MDR.

Auf Wiedersehen, Kinder
Ein jüdischer Schüler wird in einem französischen Internat vor den Nazis versteckt. Louis Malle, F/D 1987.

FREITAG 1. NOVEMBER, 21.45 UHR, BR.



Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden. Ein Kooperationsprojekt der Verlage Argument, BdWi, Berliner Debatte, Karl Dietz, Globus, Papyrossa, Pahl-Rugenstein, spw, VSA, Weiss, Widerspruch. Yetipress, Berlin 2002. Bezug für 10 Franken: vorwärts, Postfach 2469, 8026 Zürich, walter.angst@vorwaerts.ch

Wolf Haug wird am Parteitag der PdAS vom 22. bis 24. November in Vaumarcus als Referent teilnehmen.

PPP: Entwicklungsprojekt gegen die Armen

sdr. Über den Plan Puebla Panama und die unmenschliche wirtschaftliche Entwicklung im Südosten Mexikos und Zentralamerikas sprach die mexikanische Anthropologin Martha Bustos in Bern.

Der Plan Puebla Panama (PPP) ist ein wichtiger Stützpfiler zur Verwirklichung der panamerikanischen Freihandelszone, die faktisch eine Ausdehnung des Freihandelsabkommens zwischen den USA, Canada und Mexico auf den ganzen amerikanischen Kontinent bedeutet. Beide Abkommen wurden durch den Druck von Wirtschaftsverbänden und unter Ausschluss kritischer Bevölkerungsstimmen unterzeichnet. Der PPP schliesst Mexikos Südosten und die zentralamerikanischen Staaten Guatemala, Belize, El Salvador, Honduras, Nicaragua, Costa Rica und Panama ein. Das Ziel ist die Integration des Südostens Mexikos und Zentralamerikas als Zone des freien Warenverkehrs zwischen den drei grossen Wirtschaftsblöcken: Nordamerika, Südostasien (China, Japan und die Tigerstaaten) und die EU.

Präsentiert wird der PPP als «Entwicklungsprojekt», das die Armut bekämpfen und viele neue Arbeitsplätze schaffen soll. Doch prinzipiell geht es darum, die Tore zur Plünderung der noch verbleibenden nationalen Ressourcen durch das inländische und ausländische Kapital (vor allem jenes aus den USA) zu öffnen. Finanziert wird das Projekt unter anderem von der Weltbank, der EU, der Interamerikanischen Entwicklungsbank und den Entwicklungsagenturen der Regierungen der USA, Japans, Spaniens, Grossbritanniens, und Hollands. Geplant sind riesige Wasserkraftwerke, die Förderung von Billiglohnfabriken, die Ausweitung des Tourismus sowie die Erweiterung des Zugangs zu den reichhaltigen Naturressourcen der Region. Das vom IWF geförderte Projekt «Corredor Biologico Mesoamericano», das eine grosse Menge der Flora und Fauna wirtschaftlich nutzen will, zieht natürlicherweise die Pharma- und Gentechkonzerne an. Seit dem 7. Dezember 1999 ist in Mexico die Verwendung von 85 traditionellen Medizinpflanzen verboten, ein Verbot, das den Pharmakonzernen einen grossen Dienst leistet. Das mexikanische Institut Ecosur und die amerikanische Universität Georgia mit ihrem ICBG-Maya Projekt zielen darauf ab, die traditionellen Medizinkenntnisse der Indio-völker zu erforschen und die Medizinpflanzen durch die englische Firma Molecular Nature Limited zu patentieren. Zur Verwirklichung der neoliberalen Pläne werden auch militärische Mittel eingesetzt. Als Vorwand für eine steigende Militarisierung der Zone durch US-Truppen, unter dem Namen «Plan Nuevo Horizonte» bekannt, wird der Schutz der lokalen Bevölkerung genannt. In Wirklichkeit dient er dazu, die Menschen unter Kontrolle zu halten oder sie aus gewissen Zonen zu vertreiben.

Die wirtschaftlichen Interessen in diesem Gebiet sind vielfältig: Geografisch liegt die Region den USA am nächsten und zählt 65 Millionen Einwohner (28 Millionen in Mexiko und 36 Millionen in Zentralamerika), von denen eine grosse Anzahl in Armut und Arbeitslosigkeit lebt und somit als billige Arbeitskraft in den Fertigungsfabriken, den sogenannten Maquiladoras, eingesetzt werden kann. Im Norden Mexikos existieren schon zahlreiche dieser Fabriken. Die Löhne der mexikanischen ArbeiterInnen in der Fertigungsindustrie zählen zu den tiefsten auf der Welt und sind in den letzten Jahren um 23 Prozent gesunken. Die «Maquiladoras» im Süden und Südosten des Landes sollen sogar nicht mehr als 25 Cent pro Stunde bezahlen (Stand Juni 2001). In vielen Fertigungsfabriken wird mit Giften gearbeitet, welche in der so genannten Ersten Welt verboten sind. Schon Ernesto Zedillo, der Vorgänger von Vicente Fox auf dem mexikanischen Präsidentenstuhl, hat aufgrund des nordamerikanischen Freihandelsabkommens das Arbeitsgesetz geändert und so den ArbeiterInnen viele legale Mittel entzogen.

Das Land eignet sich ausgezeichnet für extensive Landwirtschaft und verfügt über enorme natürliche Ressourcen wie Wälder und Wasser. Nach dem Amazonas ist es eine der weltweit reichsten Regionen in Bezug auf die Biodiversität. Allein in fünf Staaten des Südostens Mexikos werden neunzig Prozent des Erdöls des Landes produziert, und die Reserven garantieren eine Versorgung mit Tausenden von Millionen Barrel. Neunzig Prozent des Erdgases Mexikos kommen aus Chiapas. In einem der Dokumente der Interamerikanischen Entwicklungsbank unter dem Namen «Initiative zur Integration der Grundinfrastruktur zwischen Mexiko und den Ländern der zentralamerikanischen Landenge» (November 2000) wird bestätigt dass «die Erdgasleitungen die beste Alternative des Gastransportes

scheinen». Ausserdem wird wieder das strategische Ziel der panamerikanischen Freihandelszone hervorgehoben: Die Erdgasleitung «ermöglicht die eventuelle Verbindung von Venezuela zu den Vereinigten Staaten; Erdgasleitung zwischen Yucatán und Guatemala mit Erweiterung auf den Rest Zentralamerikas; submarine Erdgasleitung von Kolumbien bis Panama, mit Erweiterung in die anderen Staaten im Norden; Erdgasleitung zwischen Venezuela und Panama». Diese Projekte dürften Alarm bei den Indio-völkern auslösen, da die Erdgasleitungen ihre Häuser, Felder und Wälder durchqueren, nicht zu sprechen von den Folgen für die Umwelt, die diese Projekte mit sich bringen.

Achtzig Prozent von Mexikos Süsswasser befindet sich in den Becken der Flüsse der Staaten Chiapas, Tabasco, Veracruz und Campeche. Abgesehen davon, dass Chiapas der drittgrösste nationale Lebensmittelproduzent ist, verfügt es auch über Erdöl- und Erdgasreserven sowie Uranium, Eisen, Aluminium, Kupfer und Bernstein.

Geostrategisch gesehen ist die Region sowohl wirtschaftlich als auch militärisch wichtig: Die Landenge macht sie zur idealen Verbindungsbrücke zwischen dem Atlantik und dem Pazifik. Der Warentransport per Schiff ist immer noch am billigsten, doch der Panamakanal ist für diesen nicht mehr genügend. Deshalb haben die USA mittels des Plan Puebla Panama den mexikanischen Präsidenten Vicente Fox «beauftragt», einen «trockenen» Kanal (in Form von Eisenbahnen und Landstrassen) zu konstruieren, der den Golf von Mexiko mit dem Pazifik verbindet soll. Natürlich zieht der PPP auch weitere Kanäle in Zentralamerika in Betracht. Von diesen Punkten aus können die in der Region mit billiger Arbeitskraft produzierten Waren auf dem Meeresweg in jede Ecke der Welt transportiert werden.

Die Einführung gentechnisch veränderter Pflanzen durch die multinationalen Unternehmen hat

schon jetzt eine grosse gentechnische Verunreinigung der zwei wichtigsten Lebensmittel in Mexiko herbeigeführt: Mais und Bohnen. Noch ein paar Jahre und die herkömmlichen Samen dieser Pflanzen werden für immer verschwinden. Es handelt sich hier um die Vernichtung von Tausenden von Arten, die sich zusammen mit der Menschheit entwickelt haben und welche die Früchte uralter Kulturen sind. Nebenbei gesagt, haben nicht der Mais und die Kartoffel, beide aus Lateinamerika stammend, einst Europa vor Hunger bewahrt?

Die Einführung riesiger Monokulturen für den Weltmarkt, die im Süden Mexikos schon gang und gäbe sind, wo zum Beispiel die afrikanische Palme, die Vanille, der Zeder und das Mahagoniholz angepflanzt werden, verdrängen gezielt die regionale Selbstversorgung. Diese Taktik der landwirtschaftlichen Monoproduktion von Rohstoffen für den Weltmarkt wird in Lateinamerika schon seit Jahrhunderten angewandt. Auch die Einführung riesiger Baummonokulturen unter dem Vorwand der Aufforstung dient der Holznachfrage. So ist es nicht überraschend, dass der Nationale Aufforstungsplan der Regierung Fox vom finnländischen Multi Porgy ausgearbeitet wurde, der in der Holzwirtschaft führend ist.

Als grösstes Hindernis zur Realisierung des Plan Puebla Panama und der panamerikanischen Freihandelszone werden die Indio-völker betrachtet. Immer grösser werden die Bewegungen der Indios und die Mobilisierung gegen die neoliberalen Pläne «des Kampfs gegen die Armut». Es wird auch nach Alternativen gesucht: Anfang September hat eine Befragung unter der Bevölkerung begonnen, die dieses Jahr in Porto Alegre beschlossen wurde. Verschiedene Nichtregierungsorganisationen befragen die Bevölkerung – welche von den Regierungen vom Entscheidungsprozess ausgeschlossen wurde – was sie zu den betreffenden Projekten zu sagen hat.



«Interessengebiet» der USA: Alle zentralamerikanischen Länder zwischen Puebla, Mexiko (linker Rand, Mitte) und Panama (rechte untere Ecke).

Hirtentum im Neoliberalismus

sdr. «Hirtenreise ins dritte Jahrtausend» von Erich Langjahr bildet den letzten Teil einer Trilogie über das Bauernleben in der heutigen Zeit.

Thomas' Hände sind rau. Die Arbeit hat ihre Spuren hinterlassen. Rund um Bäume und Stille. Ein dampfender Suppenkessel hängt über den tanzenden Feuerflammen. Die Schafe sind friedlich am Wiederkäuen, die Hunde blinzeln in die Kamera. Ein Spätherbstabend im Luzerner Mittelland, wo Thomas schon das dritte Jahr Schafhirte auf der Winterweide ist. Idylle? Man ist beinahe versucht, daran zu glauben, wären da nicht die Nässe und die Kälte und wüsste man nicht, dass der Hirte noch sein Zelt aufstellen muss. Und das tagtäglich, von einem Futterplatz zum andern wandernd. Bis zum 15. März muss er ausharren, bei Wind, Regen und Schnee. Ganz allein. Er trägt die Verantwortung für eine riesige Schafherde, von welcher nur ein kleiner Teil ihm gehört, der Rest ist Eigentum des Herdenbesitzers in Schwarzenberg, für den Thomas arbeitet. Für den Besitzer zählt jeder Tag, den der Hirte draussen verbringen kann, denn dies ist billiger, als Heu zu kaufen. Schafe scheren dient nur noch der Tierpflege, das Verkaufen der Wolle lohnt sich nicht. Manchmal bekommt Thomas Besuch. Von neugierigen Kindern oder von einer Radioreporterin, die ihn fragt, ob er sich nicht langweile. Er antwortet, dass er manchmal friert oder seine Familie im Tessin vermisst, aber Langeweile...

Im Sommer hütet er mit Frau und Kindern Geissen in Graubünden. Jeden Morgen um fünf Uhr aufstehen. Drei Stunden melken, morgens und abends. Die Finger haben Blasen und schmerzen. Schlaf? Etwa

fünf Stunden.

Thomas ist einer der dreissig letzten Wanderhirten in der Schweiz. Er möchte es trotz allem nicht aufgeben, dieses einfache Leben, wie er es nennt. Dieses Leben, das in unseren Breitengraden bald nicht mehr möglich sein wird.

Das Hirtenleben in Zeiten des Neoliberalismus. Nach «Sennen-Ballade» und «Bauernkrieg» ist «Hirtenreise ins dritte Jahrtausend» der letzte Teil dieser Bauerntrilogie, die den Überlebenskampf eines vom Aussterben bedrohten Berufsstandes zeigt. Wie in seinen zwei letzten Filmen stellt Erich Langjahr auch jetzt Menschen in den Mittelpunkt, die viel arbeiten und wenig reden. Das Bauernleben in Zeiten des Produktionszwangs, der Profitmaximierung und der Leistungsgesellschaft ist die moderne Form der Unterdrückung, welcher diese Menschen schon seit Jahrhunderten ausgesetzt sind. Die Zeiten der Leibeigenschaft und der Abhängigkeit von Kirche, Adel und Grossgrundbesitz sind die Vorgänger des heutigen Ausgeliefertseins an die Weltmärkte. Die harten Arbeitsbedingungen der Wanderhirten lassen mich an «Ueli den Knecht» nach dem gleichnamigen Roman von Jeremias Gotthelf denken. Zwar will uns Gotthelf weismachen, dass jeder mit Fleiss und Tugendhaftigkeit in der Gesellschaftsskala aufsteigen kann, wie Ueli, der es durch harte Arbeit zum Pächter bringt und die Vreni heiraten darf. Doch überlassen wir die Moral den Moralaposteln. In Langjahrs «Hirtenreise» erfahren wir nicht, wie viel der Hirte Thomas für sei-

ne Arbeit verdient. Vor drei Jahren haben mir Leute erzählt, die im Wallis im Sommer eine Kuhherde hüteten, der Tageslohn sei 125 Franken gewesen. Umgerechnet auf eine durchschnittliche Tagesarbeitszeit von 14 Stunden ergibt das etwa 9 Franken pro Stunde.

«Aber es muss doch auch andere Lebensformen auf dem Lande gegeben haben», schreit der nach Idylle trachtende Geist. Lebensformen von grösseren und kleineren Gemeinschaften, die hauptsächlich für den Eigenbedarf produzierten und nur soviel verkauften, wie sie benötigten, um Dinge zu erwerben, die sie nicht selbst herstellten. Gemeinschaften, welche eine ganze Reihe von Tätigkeiten, vom Hirtentum bis zur Instrumente- und Kleiderherstellung ausübten, und trotzdem Zeit zum Musizieren, Geschichten Erzählen und Philosophieren hatten. Unter diesen Bedingungen wären vielleicht auch die Bauern in Langjahrs Filmen nicht so wortkarg. Denn ist es nicht der Überlebenskampf und die harte Arbeit, die einen manchmal verstummeln lassen?

ZÜRICH KINO ARTHOUSE NORD-SÜD, 15 UND 20.30 UHR. BERN KINO MOVIE 3, 18.30 UND SONNTAG 10 UHR. BASEL KINO CAMERA 2, 18.45 UND SONNTAG MATINEE 11 UHR. LUZERN KINO ATELIER, 16 UND 20.45 UHR. ZUG KINO GOTTHARD, DI-FR 18, SA + SO 17, MO 28.10. 20 UHR (IN ANWESENHEIT DES AUTORS). ST. GALLEN KINO SCALA 4, 14.45 UND 20.30 UHR.

Eine Medizin gegen das Machtkartell der Kassen

Christian Jordi. Die Ergebnisse des «Gesundheitsmonitor 2002», eine Repräsentativ-Befragung des GfS-Forschungsinstitutes, lassen aufhorchen: Die Essentials linker Gesundheitspolitik erfreuen sich breiter Akzeptanz.

Initiative

Im Rahmen der Diskussion um eine «caisse unique» in der Krankenversicherung muss folgendes berücksichtigt werden: Die Gefahr des Sozialabbaus via Staatsmonopol ist nur gebannt, wenn die Einheitskasse einen qualitativ hochstehenden Service Public mit breit ausgebauter Mitbestimmung der Beteiligten verbindet. Folgende Postulate müssten deshalb im Initiativtext berücksichtigt werden:

- Umfassende und qualitativ hochstehende medizinische Versorgung entsprechend dem jetzt gültigen Grundleistungskatalog, allenfalls erweitert um Zahnmedizin und nichtärztliche Psychotherapie

- Einkommensabhängige Prämien, Kinder sind von Prämien befreit

- Keine gleichzeitige Zulassung von privaten Kassen in diesem Bereich, weil sonst das Spiel der Konkurrenz mit Abjagen von «guten Risiken» wieder von vorne beginnen würde

- Aufsichtsorgan mit garantierter Mitbestimmung der PatientInnen und medizinischen Dienstleister (Pflegepersonal, ÄrztInnen, PhysiotherapeutInnen etc.)

- Rekursmöglichkeit bei Leistungsverweigerung bis zum Sozialgericht mit erleichtertem Rechtsbeistand

Für eine Mehrheit der Befragten bereitet das Bezahlen der Krankenkassenprämien mehr Mühe als die Steuerlast. Der Studienbericht räumt mit einem unisono verbreiteten Mythos auf, nämlich, dass die Einführung von einkommensabhängigen Prämien, wie es die SP-Gesundheitsinitiative fordert, vor dem Volk keine Chance habe – befürworten doch in der Umfrage 72 Prozent die Einführung ebensolcher Prämien. Populär (65 Prozent Zustimmung) ist auch die Idee der generellen Prämienverbilligung für Kinder, wie sie die abtretende SP-Bundesrätin Dreyfuss vergeblich zu realisieren versuchte. Interessant auch, dass sich eine Mehrheit von 56 Prozent dafür ausspricht, dass der Leistungskatalog in der Grundversicherung beibehalten wird. Die geplante SVP-Initiative, welche diesen Leistungskatalog zugunsten der Privatversicherung einschränken möchte, wird auf Granit beißen.

Umverteilung: von unten nach oben – oder umgekehrt?

In den letzten zwanzig Jahren ist der Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP von 8,5 Prozent auf 10,7 Prozent gestiegen, während die Prämien im gleichen Zeitraum explodiert sind. Die jüngste Prämienhöhung von gut zehn Prozent macht einmal mehr klar, dass nicht ein Kosten- sondern ein Finanzierungsproblem besteht. Rund zwei Drittel der Kosten werden von den Haushalten bezahlt, der grösste Teil davon über Kopfprämien. Eine dreiköpfige Familie muss mittlerweile 16 Prozent des Budgets für die Krankenkassenprämien opfern. Gemäss Bundesamt für Sozialversicherung sind 25 Prozent der Familien auf Zuschüsse angewiesen. Im «Gesundheitsmonitor 2002» geben 42 Prozent der Befragten an, dauernd oder gelegentlich Mühe zu haben, die Prämien zu bezahlen – mehr als diejenigen, die mit den Steuern Probleme haben.

Umverteilung ist angesagt, das bestreitet auch die Rechte nicht – vielmehr will sie genau dies, nämlich von unten nach oben: Abbau des Leistungskataloges, Erhöhung der Franchisen, Privatisierungen und «Verselbständigung» öffentlicher Spitäler, Subventionen für Privatkliniken – diese und andere Rezepte aus der neoliberalen Küche begrenzen den Zugang der einkommensschwachen Schichten zur Gesundheitsversorgung und reservieren immer grössere Segmente des Gesundheitswesens für die einkommensstarken Schichten via Zusatzversicherung. Gemäss einem Vorschlag des Präsidenten der kantonalzürcherischen Ärztesgesellschaft soll selbst die freie Wahl des ärztlichen Grundversorgers von einer Zusatzversicherung abhängig gemacht werden. In der Studie der Schweizerischen Gesellschaft für praktische Sozialforschung befürwortet hingegen eine klare Mehrheit, dass die Kassen weiterhin verpflichtet werden, mit allen zugelassenen ÄrztInnen Verträge abzuschliessen (Kontrahierungszwang). Denn eines ist klar: Wenn die Krankenkassen den PatientInnen vorschreiben, welche ÄrztInnen konsultiert werden dürfen, wird nicht die Qualität das entscheidende Kriterium sein, sondern eine möglichst billige Medizin.

Prämiengelder für Referenden, Börsengeschäfte und Publicity

In der Empörung über die Erhöhung der Prämien blieb ein Machtkartell im aktuellen Gesundheits-Poker beinahe unbeleuchtet: die Krankenkassen selber. Einerseits tragen sie mit einer Milliarde Verwaltungskosten pro Jahr nicht unwesentlich zu den Prämienhöhungen bei, andererseits erfreuen sie sich immer grösserer Machtfülle und politisieren immer unwehrlener auf der Seite der extremen Rechten. Kein Deregulierungsvorschlag, kein versuchter Leistungsabbau, welchem nicht vom Präsidenten des Krankenkassenverbandes «Santésuisse», dem Bündner SVP-Ständerat Christoffel Brändli, und seiner Lobby im Bundeshaus applaudiert wird. Der jüngste Streich der Assura-Krankenkasse, das Referendum gegen die Spitalfinanzierung, welches auf höhere kantonale Beiträge für Privatversicherte abzielt, hat selbst die kantonalen Sanitätsdirektoren zu Protesten veranlasst.

Die Liste der Negativschlagzeilen ist lang. Noch in lebhafter Erinnerung ist die SUPRA-Krankenkasse,

welche ihre Versicherten plötzlich dazu zwang, die Medikamentenkosten in der Apotheke bar zu bezahlen, was viele mehrheitlich ältere PatientInnen vergraulte, was natürlich beabsichtigt war: Bei ihnen handelt es sich um «schlechten Risiken», die jede Krankenkasse loswerden will. Aus Arztpraxen in der Romandie, wo die Assura-Krankenkasse das gleiche Trauerspiel bot, wird berichtet, dass PatientInnen medikamentöse Behandlungen abbrachen und einige Monate später mit schweren Rückfällen bei ihren ÄrztInnen erschienen.

Gerade in diesen Tagen starten die Krankenkassen – mit Prämiengeldern notabene – eine breite Publicitykampagne, die bei näherem Hinsehen nur Kopfschütteln verursachen kann. Da werden alle möglichen Leistungen versprochen, während in meinem Alltag als ärztlicher Grundversorger die Krankenkassen ständig Leistungen aus der Grundversorgung in Frage stellen und zu diesem Zweck ihre Vertrauensärzte einschalten – ein kostenaufwändiger Papierkrieg ist die Folge.

Die Krankenkassen haben zudem eine völlig intransparente Buchhaltung, vor allem was die Reserven betrifft. Wer bei seiner Krankenkasse nachfragt, welcher Anteil der Prämie zur Reservenbildung dient, wird mit nebulösen Erklärungen abgespiesen. Bloss am Rande sei erwähnt, dass auch niemand genau weiss, wie viel dieser nach KVG obligatorischen Reserven in den letzten Jahren an der Börse verspielt wurden.

Das Machtkartell der Krankenkassen droht noch mächtiger zu werden, falls der Kontrahierungszwang – wie das die Rechte fordert – fällt und das monistische Spitalfinanzierungsmodell eingeführt wird. Monistisch heisst, dass sich die Kantone aus der Spitalfinanzierung zurückziehen und die Krankenkassen auch im stationären Bereich das Sagen haben.

Dass sich die Konkurrenz zwischen den Krankenkassen positiv auf die Prämien auswirken soll, ist selbst aus marktwirtschaftlicher Sicht eine Illusion. Kassen mit tiefen Prämien erhöhen diese, sobald sie mehr Versicherte haben, woraus langfristig ein Nullsummenspiel resultiert. Die Zahl der Krankenkassen ist in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. Während der Gesetzgeber 1990 noch 246 Krankenkassen anerkannte, waren es zehn Jahre später noch 110 Kassen. Der Konzentrationsprozess hält unvermindert an und hat zum Oligopol der wenigen grossen Krankenkassen mit mehr als 500 000 Mitgliedern geführt. Durch die Schaffung von Billigkassen für «gute Risiken» hat sich die Idee der Konkurrenz zwischen den Kassen selber ad absurdum geführt, und mit dem jüngsten Vorschlag einer zusätzlichen Pflege-Versicherung für SeniorInnen sind die Krankenkassen vollends zu den Totengräbern des Solidaritätsgedankens geworden.

Einheitskasse: Service Public statt Oligopol

Zeit also, über Alternativen nachzudenken. Der Vorschlag einer eidgenössischen Einheitskrankenkasse findet in der Romandie bereits grosse Akzeptanz und eine entsprechende Initiative des «Mouvement Populaire des Familles» ist in Vorbereitung. Interessanterweise befürwortet auch in der GfS-Studie die Hälfte der Befragten eine solche Einheitskasse nach dem Modell der SUVA.

Von der Formulierung des Initiativtextes wird es abhängen, ob eine solche Einheitskasse nicht als weiteres Instrument zu Sozialabbau, Zweiklassenmedizin und Leistungsverweigerung missbraucht wird. Das Interesse der FDP an der Einheitskrankenkasse – eine entsprechende Motion soll in der kommenden Herbstsession unterstützt werden – lässt solches vermuten. Es wäre natürlich ein attraktives Szenario zum Sozialabbau, eine Einheitskrankenkasse als Minimalversicherung für tiefe Einkommen zu konzipieren, welche eine minimale und qualitativ schlechte medizinische Versorgung analog dem ersten Versicherungskreis der SVP-Initiative bieten würde. Weitergehende medizinische Betreuung würde dann von Zusatzversicherungen abhängig gemacht, nach dem Motto: Lepramedizin für den Staat, Geschäft für die Privaten. Deshalb muss eine linke Initiative für eine einheitliche Krankenkasse klare Leitplanken setzen (siehe Kasten).

CHRISTIAN JORDI IST FAMILIENARZT IN ZÜRICH

20. September

Botschafter der Geldwäscherei darf gehen.

In «gegenseitigem Einvernehmen» durfte Botschafter Friedrich, gegen den – nach Hinweisen von Drittstaaten – wegen Geldwäscherei und Urkundenfälschung ermittelt werden muss, vorzeitig in Pension. Erklärterweise ist nicht nur der Verdächtige, sondern auch die Schweiz froh, dass Friedrich gehen wollte.

Entlassungen beim Weltwoche-Verlag. Der Jean Frey Verlag, geleitet von Blocher-Verrehrer und zukünftigem FDP-Nationalrat Filippo Leutenegger beginnt, nur wenige Monate nach der Übernahme durch Tettamanti & Konsorten zu sparen. 25 Stellen wurden bereits liquidiert, weitere sollen folgen. Wie viele Entlassungen das bedeutet, wurde nicht mitgeteilt.

Metzler auf Sparkurs. Herbert Lüthy, bisher in der Geschäftsleitung der Lebensversicherung Swiss Re, ist neuer Direktor des Bundesamtes für Privatversicherungen. Seinem Vorgänger, Peter Pfund, der aus Gesundheitsgründen überraschend zurückgetreten war, wurden zu nahe Verbindungen zu den Versicherungen vorgeworfen. Jetzt ist die Verbindung transparenter geworden und kann der CVP-Bundesrätin auch Telefonkosten ersparen.

Kaum gegründet, schon bankrott. Der Milchkonzern Swiss Dairy Food, vor ein paar Jahren aus Toni, der Berner Molkerei und noch ein paar anderen Milchfabriken entstanden, ist in Nachlassstundung. Damit soll die Liquidation vorbereitet werden. Den Anfang machen ein paar hundert Entlassungen.

21. September

Faschisten in Langenthal. Ein rechtsradikaler Schlägertrupp hat das Autonome Kulturzentrum in Langenthal (LaKuZ) überfallen und verwüstet. Beim Spital traf er auf eine türkische Familie, die zusammengeschlagen wurde. Die Schläger entkamen unerkannt.

Polizei-Ballerei im Volkshaus. Zwei Zürcher Stadtpolizisten, die eine Beschwerde wegen Ruhestörung dazu benutzen wollten, bei einer Miss-Brasil-Wahl im Volkshaus zum Rechten zu sehen, bezogen, Prügel, bevor sie von herbeigerufener Unterstützung befreit wurden. Mit der Begründung, nur so die Kontrolle wieder herstellen zu können, zog einer die Pistole und schoss in die Decke. Ob der Waffengebrauch angemessen war, soll jetzt untersucht werden.

Faschisten-Fest in Affoltern. Skinheads aus der Schweiz und Deutschland haben TeilnehmerInnen einer Kundgebung gegen rechte Gewalt angegriffen. Ausgangspunkt war einmal mehr das Restaurant «Arche-Pub» des Sportreporters Hans Jucker. Nachdem die Kantonspolizei die Schläger erst gewähren liess, griff sie ein und verhaftete 79 Personen. Bis auf einen Deutschen wurden alle wieder entlassen.

22. September

Basler Nein zur Wohnraumvernichtung. Die Basler StimmbürgerInnen haben den Plan der Zürich Versicherung, drei Wohnhäuser mit 39 günstigen und gut erhaltenen Wohnungen abzuzehren und durch einen Bürokomplex zu ersetzen, abgelehnt. Da die Volksabstimmung auf Grund des verklausulierten Vertrags der Stadt mit der Versicherung, die dieser damit zum Erfolg verhelfen wollte, rechtlich zumindest diskutabel ist, will sich die Versicherung nicht an das Abstimmungsergebnis halten und plant ungehindert weiter.

Nein zu Deregulierungsfürzen. In Zug und Solothurn haben die StimmbürgerInnen auch den zweiten bürgerlichen Versuch, die Ladenöffnungszeiten abzuschaffen, bachab geschickt. Ein erstes Mal war der bürgerliche Deregulierungsversuch an beiden Orten bereits 1997 abgelehnt worden. In Basel, wo es um die vollständige Abschaffung der Regulierung des Abendverkaufs ging, kassierten die Liberalisierer ebenfalls eine Schlappe.

Moritz dampft in allen Gassen. Weil sich der Ringier-Verlag durch «soziales Verantwortungs-bewusstsein im Sinne des schweizerischen Föderalismus und des Schutzes der Minderheiten» auszeichne, erklärt Bundesrat Leuenberger in der NZZ, wäre es ein «Kulturschock», wenn sich Ringier an Springer verkaufen würde.

23. September

Gegen Deregulierung in St. Gallen. Mit einer Kundgebung haben die Gewerkschaften gegen die geplante Abschaffung der Ladenöffnungszeiten protestiert. Im Grossen Rat wird ein entsprechendes Gesetz in zweiter Lesung behandelt, in der ersten hatten sich die Deregulierer weitgehend durchgesetzt.

24. September

100 Arbeiter in Zofingen auf der Strasse. Bei Müller Martini wird wieder einmal abgebaut. Die Firma, die auf Druckereimaschinen spezialisiert ist, begründet den Abbau mit «Investitionsverzögerungen» in der grafischen Industrie.

trouvaille

«Kontingentsflüchtlinge sind die 'schwierigsten' Flüchtlinge. Sie benötigen am meisten medizinische Betreuung und sind in der Regel schlechter integrierbar. Deswegen haben wir auch mit der Aufnahme von Kontingentsflüchtlingen aufgehört.»

RUTH METZLER IN DER NZZ (23. 10. 02) ÜBER DAS NOCH WÄHREND DEM JUGOSLAWIEN-KRIEG ALS HUMANITÄRE GLANZLEISTUNG DER SCHWEIZ VERKAUFTE MODELL DER GEZIELTEN AUFNAHME VON GEWALT- ODER KONTINGENTSFLÜCHTLINGEN AUS KRIEGSGEBIETEN.